BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 20. Dezember 1956** **Preis DM 1.-**
1. Jahrgang (Postverlagsort Köln)

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz – Franz Rauhut
Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder
Franz Schneider – Ernst Schwarz
Heinz Sitta – Hermann Strathmann
Leo Weismantel – Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Aus dem Inhalt:

Hermann Rauschning, „Außenpolitik und öffentliche Meinung in den USA“ S. 34

Hans Iwand, „Umkehr und Einsicht“ S. 39

Klemens Brockmöller, „Individualismus und Kollektivismus“ (Fortsetzung) S. 44

Helmut Dörr, „Über die Ereignisse in Polen und Ungarn“ S. 48

Heinz Sitta, „Der Katholik und der moderne Krieg“ S. 53

Franz Beyer, „Militärische Betrachtungen zur Suezkrise“ S. 61

Wirtschaftliches S. 64

„Aus dem Ausland“ S. 67

Prof. D. Dr. Johannes Hessen

Weihnachtsbotschaft

Darf ich Dich bitten, lieber Leser, diese Botschaft nicht zu lesen? Aber, so wirst Du erwidern: „Sie ist doch geschrieben, um gelesen zu werden.“ Ich antworte Dir: Lies sie nicht — es sei denn, Du findest eine besinnliche Stunde, in der Du stille wirst über ihr und ihr Licht in Deine Seele einströmen läßt, damit sie auch an Dir ihre erneuernde Kraft bewähren kann. Denn es sind nicht Worte eines armen, schwachen Menschen, sondern eine Botschaft, die — um mit Meister Eckehart zu sprechen — aus dem Herzen Gottes geflossen ist unmittelbar.

„Das ew'ge Licht geht da herein,
Gibt der Welt ein'n neuen Schein.
Es leucht' wohl mitten in der Nacht
Und uns des Lichtes Kinder macht.“

Mit diesen schlichten wie schönen Versen tastet der Augustinermönch von Wittenberg nach Sinn und Gehalt der Weihnachtsbotschaft. Seine Worte können in ihrer Tiefe nur von dem verstanden

werden, der sich bemüht, ein „Kind des Lichtes" zu werden, der ernstlich ringt um die „Wiedergeburt", die große Neugeburt des Herzens, dessen innerstes Wollen und Streben jenem Hochziel gilt, das der Apostel vor uns aufleuchten läßt: „Ist jemand in Christus, so ist er eine neue Kreatur; das Alte ist vergangen, siehe, es ist alles neu geworden."

Wiedergeborene leben anders als andere! Ihr Leben steht im Zeichen jener strahlenden Verheißungen, die Jesus an die Spitze seiner Bergpredigt stellt: „Heil den Armen (im Geiste)! Heil den Hungernden und Dürstenden (nach Gerechtigkeit)! Heil den Barmherzigen! Heil den Herzensreinen! Heil den Friedfertigen, den Friedensstiftern!"

Gerade dieser letzte Heilruf gilt uns Heutigen, weil er gewissermaßen unmittelbar in die gegenwärtige Stunde hineingesprochen ist, an deren Horizont die Gespenster eines neuen Krieges geistern. Wer im Glanze der „vita nuova" steht, wer jenen Frieden im Herzen trägt, den die Welt nicht zu geben, aber auch nicht zu nehmen vermag, kann nicht anders, als sich mit seinem ganzen Sein einzusetzen für die Befriedung der Welt, mitten im Waffenlärm der Stunde das Panier des Friedens emporzuheben und hochzuhalten.

Das ist kein weltfremder Idealismus, sondern stärkster Realismus. Wenn nach der Überzeugung der heutigen Atomforscher ein neuer Krieg „Selbstmord der Menschheit" bedeutet, dann ist evident, daß der Christ zur Kriegsdienstverweigerung verpflichtet ist. Denn an einem Selbstmord der Menschheit darf der Jünger Christi sich unter gar keinen Umständen beteiligen.

Aber, so wird man mir antworten, sollen wir uns denn im Kriegsfalle unseren Feinden einfach preisgeben? Sollen wir uns von ihnen widerstandlos überfallen lassen? Darauf erwidere ich: Ich glaube nicht an einen solchen Überfall. Sonst wären wir längst überfallen worden. Der beste Schutz gegen einen europäischen Krieg sind nicht Divisionen, Atom- und Raketenwaffen, Giftgase und Bakterienbomben. Wirksameren Schutz bietet völkerversöhnende Verständigung der Abermillionen friedensverlangenden Menschenherzen über alle politischen und ideologischen Grenzen hinweg. Hier vermag das deutsche Volk vieles zu leisten, auch als Sühne für grauenhafte Verbrechen, die zwölf Jahre lang von ihm begangen worden sind und durch die es eine unermeßliche Schuld auf sich geladen hat.

Ich bin mir bewußt, daß ich damit den Widerspruch all derer errege, die die Dinge nur von der politischen Ebene zu sehen und nur in militärpolitischen Kategorien zu denken vermögen. In ein solches Denken geht jener Gedanke einfach nicht ein. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er für ein e t h i s c h e s, zumal für ein vom christlichen Ethos bestimmtes Denken ein unabweisbarer Gedanke ist.

Im übrigen sollten wir uns als Christen im Angesichte dunkler und drohender Zukunftsmöglichkeiten auf unseren Glauben besinnen, daß Gott im Regimente der Welt sitzt. Es ist der Glaube, den auch das „Weltkind" Goethe in sich getragen und in den schönen Versen zum Ausdruck gebracht hat:

„Gottes ist der Orient,
Gottes ist der Okzident,
Nord und westliches Gelände
Ruhn im Frieden seiner Hände."

Dr. H e r m a n n R a u s c h n i n g, Senatspräsident a. D.

Außenpolitik und öffentliche Meinung in den USA

Während in der Bundesrepublik die Notwendigkeit erörtert wird, zu einer Art „Kabinettspolitik" zurückzukehren, um die Außenpolitik von der Beeinflussung durch „die Straße" freihalten zu können, haben in den Vereinigten Staaten eben diese gleichen Elemente, die häufig etwas zu geringschätzig mit jenem Ausdruck bezeichnet werden, den Beweis ihrer Einsicht und Reife des Urteils über die Außenpolitik geliefert. Es sind der Ausgang der Wahlen und die Haltung des amerikanischen Volkes angesichts der Doppelkrise in Ägypten und in Europa, die dies bestätigen. Bei den Wahlen haben sich diejenigen geirrt, die der Meinung waren, der amerikanische Durchschnittsbürger habe weder Verständnis für Außenpolitik, noch sei er überhaupt an „Problemen" interessiert,

so daß die Außenpolitik bei der Wahl des Präsidenten keine Rolle spielen würde. In Wirklichkeit ist die Außenpolitik bei dem Ausgang der Wahlen der entscheidende Faktor gewesen. In überraschender Weise hat das amerikanische Volk in der gegenwärtigen Krise dem Vorrang der Außenpolitik vor den Innenproblemen Rechnung getragen und Präsident wie Kongreß die Legitimation zu einer klaren und gradlinigen Friedenspolitik gegeben. Die Erkenntnis des Vorranges der Außenpolitik vor innenpolitischen Problemen ist das sichere Zeichen eines gereiften politischen Urteilsvermögens, das nicht vielen Nationen zu Gebote steht. Es ist bei dem amerikanischen Volk um so bemerkenswerter, als die Notwendigkeit einer klar artikulierten Außenpolitik für die Nation erst sehr neuen Datums ist, weil Monroe-Doktrin und George Washingtons „farewell address" bis in das 20. Jahrhundert hinein als Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik ausreichten.

Im Auslande wird man geneigt sein, den tiefen Eindruck, den die englisch-französische Aktion in Ägypten auf den Amerikaner gemacht hat, in seinen Wirkungen zu unterschätzen, weil im Gegensatz zu früheren Ereignissen sich keinerlei Züge einer Art Hysterie geltend machten. Es fielen vielmehr die disziplinierte Ruhe und eine gewisse bittere Entschlossenheit auf, mit der der amerikanische Bürger seiner Konsternation darüber Ausdruck gab, daß die verläßlichsten Bundesgenossen politisch eigene Wege gingen und damit nicht nur das politische Schlichtungsorgan der Vereinten Nationen umgingen, sondern auch das eigene Bündnissystem des Westens in Frage stellten. Die Größe des Schocks wird nicht aus den immerhin gemäßigten Äußerungen der Presse ersichtlich. Man muß die Gespräche im Bus, in den Büros, auf den Arbeitsplätzen heranziehen, um das Ausmaß der Enttäuschung des Durchschnittsamerikaners richtig zu wägen. Was besonders erbitterte, war die Anwendung von Gewalt zur Lösung politischer Probleme gerade durch die Mächte, die eine solche Politik am schärfsten bei anderen Nationen verurteilt hatten, und die durch ihre eigene gefährdete Lage am ehesten darüber hätten unterrichtet sein sollen, daß in der gegenwärtigen Weltsituation der Versuch gewaltsamer Lösungen die unmittelbare Gefahr eines Atomweltkrieges heraufbeschwört. Man empfand den Rückfall in eine nackte Machtpolitik, auch wenn sie als Polizeiaktion frisiert war, als einen persönlichen Affront und bemängelte die Unfairneß, den Bundesgenossen nicht vorher informiert zu haben, und das fadenscheinige politische Gewebe, das die Aktion legitimieren sollte, als unwürdig. Ein nicht genanntes Mitglied im Eisenhower-Kabinett nannte die Aktion das schwärzeste Unternehmen in den vergangenen hundert Jahren der englischen Geschichte. Was sich bei dieser allgemeinen Reaktion als ein Positivum heraushebt, ist die Überzeugung der breiten Massen des amerikanischen Volkes, daß die großen Probleme des West/Ost-Konflikts nicht mehr durch Gewalt, welcher Art auch immer, zu lösen seien, eine Einsicht, mit der der amerikanische „Mann von der Straße" vielen professionellen Politikern überlegen ist.

Die Unruhen in Polen und Ungarn traten demgegenüber zunächst in den Hintergrund. Man unterließ es, ursächliche Zusammenhänge zwischen ihnen und dem Wagnis in Ägypten zu suchen. Dagegen wurde mit Erbitterung ein Zusammenhang der gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn, nachdem zuvor die Hauptforderungen bewilligt worden waren, mit den Ereignissen in Ägypten festgestellt. Dasselbe ungenannte Kabinettsmitglied betonte ihn; ob zu recht oder unrecht, sei dahingestellt. Der Mann auf der Straße urteilte jedenfalls: was die eine Macht sich als recht zuspreche, müsse der anderen billig sein. Die Sympathie der öffentlichen Meinung war dabei auf Seiten der Aufständischen. Die Enttäuschung über die gewaltsame Niederwerfung des Aufstandes hat dann die Ereignisse in Ägypten in den Hintergrund gedrängt; man konnte vielfach die Meinung hören, daß die regierenden Männer der Sowjetunion eine große Gelegenheit, das Vertrauen in ihren Friedenswillen zu stärken, versäumt und statt dessen die Gesamtlage auf das Stadium vor der vorjährigen Gipfelkonferenz zurückgeworfen hätten. Allerdings konnte man auch die Meinung vertreten hören, daß die Männer im Kreml vor dem schwierigen Dilemma standen, entweder zu den Methoden des eben erst liquidierten Stalinismus zurückzukehren oder eine revolutionäre Bewegung in allen ehemaligen Randstaaten einschließlich der baltischen Länder zu gewärtigen. Es sind Pressestimmen laut geworden, die von der offensichtlichen Schwäche des bolschewistischen Systems sprachen und zu einer Wiederaufnahme der Politik der „Rückrollung" der sowjetischen Machtsphäre aufforderten, die im vorigen Jahre in der Genfer Konferenz endgültig aufgegeben zu sein schien. Bei aller Sympathie des Mannes auf der Straße für die Freiheit der Nationen, die zwischen Sowjetrußland und den westeuropäischen Staaten liegen, sagt sein

common sense ihm jedoch, daß auch bei der Lösung des Problems der außenpolitischen Stellung und der Entscheidung über die eigene innere Ordnung dieser Nationen Gewalt kein Mittel sein könne, auch kein gewaltsamer Befreiungsversuch.

Maß und Reife der außenpolitischen Beurteilung durch die öffentliche Meinung zeigen sich deutlich in den Wahlergebnissen. Man hätte annehmen können, daß in den zutage getretenen Krisen ein Scheitern der Friedenspolitik des Präsidenten erblickt werden würde, und daß sich der Zweifel an der Richtigkeit der Eisenhowerschen Außenpolitik in einem Stimmenverlust bemerkbar machen werde. Genau das Gegenteil trat ein. Die beiden Krisen, die das amerikanische Volk im Wahlkampf gleichsam überrumpelten, trugen ganz wesentlich dazu bei, dem Präsidenten in einem fast beispiellosen „Erdrutsch" ein überwältigendes Vertrauensvotum, auch gegen schwerwiegende innenpolitische Interessen, zu geben. Die öffentliche Meinung stellte dabei nicht die Frage, die zeitweise der Gegenkandidat Stevenson in den Wahlkampf hineintragen wollte, ob die Friedenspolitik des Präsidenten die gegenwärtigen Krisen mit heraufbeschworen hatte, weil sie nicht folgerichtig durchgeführt worden, sondern im ersten Schritt gleichsam stecken geblieben war. Sie blieb vielmehr bei der Hauptentscheidung, die sich bisher weder die eigene Nation noch die Verbündeten in ihrer ganzen Folgenschwere zu eigen gemacht haben: die Entscheidung gegen jede Anwendung von Gewalt bei der Lösung der Friedensprobleme. Die Fernsehrede des Präsidenten am 1. November mit der entschlossenen Stellungnahme gegen Gewalt und für Recht und Frieden, und somit gegen das Vorgehen Englands und Frankreichs, war entscheidend. Die öffentliche Meinung stellte sich in überwältigender Mehrheit hinter das Bekenntnis des Präsidenten, daß Gewaltanwendung „kein weises und angemessenes Mittel der Politik" sei. Die öffentliche Meinung sieht in Eisenhower den „General, der für den Frieden kämpft", den militärischen Fachmann, der neben seiner Autorität als Präsident auch die militärische Autorität besitzt, den fachmännischen Rat seines Vereinigten Generalstabes verwerfen zu können, was kein anderer Präsident vermöchte. Sie sieht in ihm den Garanten einer Politik, die erst dann zu militärischen Lösungen ihre Zuflucht nehmen würde, wenn alle politischen Mittel erschöpft sind und eine bewaffnete Verteidigung selbst unter Gefahr möglicher Vernichtung unvermeidlich wird. Dabei ist die Erinnerung an die Liquidierung des Koreakrieges, die Weigerung zu präventiver militärischer Aktion in Asien und der unkonventionelle Appell Eisenhowers an den guten Willen der Russen in Genf von Gewicht.

Das Vertrauensvotum ist ein rein persönliches, es gilt nicht der Republikanischen Partei. Es gilt der in seiner schlichten Offenheit und Geradheit vorbildlichen Persönlichkeit des Präsidenten, der politische Tricks und Raffiniertheiten verschmäht und wie keiner sonst von der Überzeugung geleitet ist, daß in der gegenwärtigen verzweifelten Lage nichts anderes mehr retten kann als eine einfache Anständigkeit, die meint, was sie sagt, und sagt, was sie meint, weil es die einzige Möglichkeit ist, wieder Vertrauen zu stiften. Das ist es, was die öffentliche Meinung der USA an der Persönlichkeit des Präsidenten am höchsten bewertet, nicht die einzelne Leistung und deren Erfolg. Und bei dieser Bewertung ist nichts von persönlicher Magie oder einem Charisma des modernen Massenführers mit im Spiel. Es ist ein klares, rationales Urteil, das sich hier ausprägt. Bezeichnenderweise hat Eisenhower keinem anderen Politiker bei der Wahl dadurch geholfen, daß die Kandidaten sich an seine Rockschöße klammerten. Auch der Sieg der Demokraten, die in beiden Häusern eine wenn auch geringe Mehrheit haben, konnte durch das persön- Gründe, die sich hinter diesem Resultat abheben; auch hier sprechen außenpolitische Gründe, die sich hinter diesem Resultat abheben, auch hier sprechen außenpolitische Überlegungen mit, vor allem gegen den rechten Flügel der Republikanischen Partei, der — zusammen mit den vereinigten Waffenstäben — eine schärfere Politik mit einkalkuliertem Risiko einer Friedenspolitik vorzieht, die sich in wenigen Jahren einer noch schwierigeren Gesamtlage gegenübersehen könnte.

Dieser flüchtigen Umrißzeichnung darf der Zug nicht fehlen, daß es für den Friedenswillen der amerikanischen öffentlichen Meinung und für das Bekenntnis zu einer Politik der Gewaltlosigkeit Grenzen gibt. Sie mögen nicht klar dort liegen, wo die außenpolitischen Experten oder die militärische Strategie sie ziehen. Die öffentliche Meinung mißt nicht territorialen Grenzen des Einflusses oder der Sicherheit entscheidende Bedeutung bei. Man wird vielmehr umgekehrt sagen müssen, daß unter Umständen die Widerstandsbereitschaft der Nation sich an keine Grenzen gebunden weiß, wenn es um gewisse Imponderabilien geht. Entscheidend für die Friedenswilligkeit oder militärische

Einsatzbereitschaft ist der Glaube an die Realität gewisser geistiger und moralischer Werte. Für den zynisch gewordenen Europäer mag die Unerschütterlichkeit der Überzeugung, daß Ordnungen, die ausschließlich auf Gewalt gegründet sind, auf die Dauer nicht lebensfähig sein können, einen Anhauch von Naivität haben. Aber dieser Glaube ist selbst ein Faktor der Realität, wie irreal er manchem Beurteiler erscheinen mag, und mit ihm haben die übrigen Nationen als mit einem politischen Faktor zu rechnen. Gerade das unterlassen zu haben, ist der schwer wieder gutzumachende psychologische Fehler Englands und Frankreichs. Jene Überzeugung steht hinter der Ablehnung jeder Art von Kolonialismus. Ein Rückfall in eine neue Art von Isolationismus ist dabei ausgeschlossen, auch wenn in näherer oder fernerer Zukunft die militärischen Verteidigungslinien in anderen Kontinenten zurückverlegt werden sollten. Denn vor allem hat die öffentliche Meinung in diesen Nachkriegsjahren begriffen: was in irgendeiner Nation auf dem Erdenrund vor sich geht, ist von Einfluß auf jede andere, und eine isolierte Nationalpolitik kann es auch für die größten Nationen nicht mehr geben. Aus dieser Einsicht heraus billigt die amerikanische öffentliche Meinung die Einflußnahme der amerikanischen Regierung auf die gesamte Weltentwicklung, ohne dabei kolonialistische Ziele zu verfolgen. Daher gibt es im Grunde keine Grenzen für die Verteidigungsbereitschaft Amerikas, sofern das Lebensinteresse an der Aufrechterhaltung und Verbesserung eines allgemeinen Friedenszustandes in Frage gestellt wird. Ist dieses Lebensinteresse ernstlich gefährdet, wird die öffentliche Meinung, an welcher Grenze auch immer, selbst die Anwendung von Mitteln der Gewalt in der Verteidigung gutheißen.

Die Erörterung der englisch-französischen Aktion in Ägypten ist gegenüber der der Lage in den ost-zentraleuropäischen Ländern in den Hintergrund getreten. Zeitungen und Zeitschriften beschäftigen sich vorwiegend mit den Folgen der Aufstände für die Gesamtentwicklung, wobei vielfach die alte Neigung zutage tritt, die Kräfte der Sowjetunion zu unterschätzen, die Folgen aber zu überschätzen. Selbst ein so vorsichtiger Sachkenner wie George F. Kennan äußerte kürzlich in einem Interview die Meinung, daß die Welt an einem politischen Wendepunkt angelangt sei und daß die Aufstände in der Randzone des sowjetischen Machtbereiches sich auch auf die Verhältnisse in Rußland selbst auswirken müßten. Der Stalinismus könne nicht wieder eingeführt werden, weder in den Randstaaten noch in Rußland selbst. Entscheidend sei, daß das Moskauer Monopol der Kontrolle über den internationalen Kommunismus nunmehr definitiv verloren gegangen sei, das schon durch Tito und das kommunistische, aber eigenständische Regime in China ins Wanken gekommen war. Kennan fügt jedoch eine Warnung vor gewaltsamen Aufständen als Mittel zur Beschleunigung einer inneren Evolution hinzu, anstatt die allmähliche Änderung einer — wie er es nennt — „Erosion des Despotismus" zu überlassen. Die Sowjetführer könnten durch „unweise Handlungen des Westens" zu extremen Maßnahmen verführt werden. Es würde für Moskau schwierig sein, unter den gegenwärtigen Umständen die Okkupationstruppen zurückzuziehen. Aber Kennan verliert kein Wort über das Thema, das in deutschen Zeitungen wortreich behandelt worden ist und zu den Schlußforderungen von „Türen zuschlagen" und „Ende der Entspannung" führte. Man darf sich vielmehr von dieser Verlagerung der öffentlichen Diskussion von den kleinasiatischen zu den europäischen Problemen nicht darüber täuschen lassen, daß es der eigenwillige politische Schritt Englands und Frankreichs ist, der einen nachhaltigen Einfluß auf die Politik der Vereinigten Staaten haben wird, und zwar in dem Sinne, daß er sie von einer bisher geübten Rücksichtnahme befreit, die die politische Grundlinie mehr als einmal stark verbogen hat. Man kann damit rechnen, daß die amerikanische Politik fortan mit größerer Folgerichtigkeit ihre eigentlichen Ziele verfolgen und die dafür geeigneten Mittel klären wird.

Die öffentliche Meinung Amerikas verlangt und legitimiert eine Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik des Präsidenten. Das ist das klare Fazit der letzten Wochen während und nach der Wahl. Es ist somit das Gegenteil von einem „Zuschlagen der Türen" und einem Wiederbeginn des Kalten Krieges. Aber diese Politik bedarf der Weiterentwicklung. Gerade die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, daß eine Entspannung mit dem bisherigen prekären status quo ante als Ausgangspunkt nicht erreicht werden kann, sondern daß eine solche von einem neuen, politisch erst zu schaffenden Ansatz begonnen werden muß. Der gegenwärtige Zustand ist kein Gleichgewicht, das vertraglich gesichert werden könnte, sondern bestenfalls die Erstarrung einer Kampffront. Die Gefahren dieses status quo haben sich auf beiden Seiten des großen Weltgrabens durch die jüngsten

Krisen erwiesen. Die Situation kann den politischen Führern jederzeit aus den Händen gleiten. Die größte Kriegsgefahr ist nicht die Angriffsabsicht der einen oder der anderen Seite, sondern das Hineinschliddern in Situationen, die automatisch zum Atomkriege führen. Die Vorstellung von begrenzten Kriegen mit konventionellen Waffen hat sich als eine Illusion erwiesen; in jeder größeren Krise gerät die Entwicklung vielmehr sofort an die Schwelle eines totalen Krieges. Deshalb ist eine neue außenpolitische Konzeption als Grundlage einer dauerhaften Entspannung notwendig. Eine solche ist bereits vor Jahren von jüngeren Kräften des State Department empfohlen, von der politischen Führung aber bisher zurückgehalten worden, weil ihr Risiko zu groß und die Bereitwilligkeit der öffentlichen Meinung zum Mitgehen nicht gesichert erschienen. Nunmehr scheint jedoch mit dem Mandat der weit überwiegenden Majorität der amerikanischen Bürger diese Konzeption durchführbar, sofern Sowjetrußland ebenfalls die Notwendigkeit einer gründlichen Revision für die eigene Sicherung anerkennt und seinerseits zum Entgegenkommen bereit ist. In welchen Linien eine solche neue Konzeption Gestalt gewinnen könnte, läßt sich mit ein paar Worten dahingehend charakterisieren, daß die Vereinigten Staaten darauf verzichten, Deutschland und die bisher unter der Direktive der Sowjets stehenden ost-zentraleuropäischen Staaten in die eigene Sicherungszone einzubeziehen; stattdessen sollte ein größeres Europa als ein selbständiger politischer Faktor in einem gemeinsamen Sicherheitssystem gebildet werden, wobei eine Rückverlegung der eigenen Sicherungszone in Europa möglich würde. (Es ist die Konzeption, für die der Verfasser während seiner Deutschlandreise 1954/55 in Wort und Schrift Verständnis zu wecken versucht hat, und die die einzig mögliche Lösung des Wiedervereinigungsproblems in Frieden und Freiheit bietet, wobei damals der vergleichsweise leichteste Beginn die deutsche Wiedervereinigung gewesen wäre.)

Einer solchen friedlichen Lösung steht nichts mehr im Wege als neue unbesonnene, wenn auch noch so heroische Gewaltakte nach dem Muster der Freiheitskämpfe im 18. und 19. Jahrhundert. Auch in der Lösung der europäischen Probleme ist nichts weniger angebracht als eine Politik der Gewalt. Die öffentliche Meinung Amerikas und der common sense des Durchschnittsamerikaners geben sich darüber voll Rechnung. Jedoch besteht die Gefahr, daß eine verhetzende Propaganda die zur Zeit vorherrschende Besonnenheit zerstört. Vorläufig ist für solche verantwortungslosen Äußerungen, wie sie sich der bundesrepublikanische Abgeordnete Prinz zu Löwesntein geleistet hat, in Amerika nur vereinzelte Sympathie vorhanden. Das deutsche Problem kann zwar durch einen gewaltsamen Aufstand der deutschen Sowjetzone gegenstandslos gemacht, aber nicht gelöst werden. Die öffentliche Meinung Amerikas ist mehr denn je zu einer Verständigung mit Sowjetrußland bereit, wenn die Bereitschaft für eine solche dort ebenfalls vorhanden ist. Sie wäre ohne die Gewaltmaßnahmen in der Wiederherstellung der russischen Kontrolle über Ungarn leichter gewesen, doch verkennt man vielfach nicht das Dilemma, in dem sich die russische Führung befand. Ein Nachgeben, das einer Kapitulation vor dem Aufstand gleichgekommen wäre, hätte als Schwäche Rußlands aufgefaßt werden müssen und, wie die Äußerungen des aus Ungarn zurückgekehrten Abgeordneten v. Löwenstein beweisen, zu unabsehbaren Gewaltaktionen geführt, aus denen nichts anderes als ein allgemeiner Krieg hätte entstehen können.

Es ist notwendig, über die unvermeidlichen Rückschläge der Entspannungspolitik hinwegzukommen und die Linien der Politik gerader und klarer zu ziehen. Kein Urteilsfähiger hat erwartet, daß die Liquidierung des Stalinismus in Sowjetrußland ohne schwere Krisen vor sich gehen konnte. Noch schwieriger ist der Übergang von der strikten Disziplin des bisherigen Systems, mit der obersten Verfügungsgewalt ausschließlich in den Händen der einen Partei, zu liberaleren Formen der Ordnung zu erlangen, ohne die sozialen Errungenschaften zu gefährden. Nicht alle werden die Meinung George F. Kennans teilen, daß im Sowjetsystem versucht werde, Grundirrtümer über die menschliche Natur zu verwirklichen, was auf die Dauer nicht gelingen könne. Aber man wird in der Einschätzung der Gewalt als Mittel der Politik schließlich die Schlußfolgerung aus der gegenwärtigen Lage ziehen, daß auch die geduldigsten Völker auf die Dauer nicht durch Gewalt allein in einer bestimmten Ordnung zusammenzuhalten sind und daß zuverlässig allein der freiwillige Gehorsam, die freiwillig geleistete Kooperation ist. Immerhin wäre es ungerecht, die Größe der bisherigen Anstrengungen zu einer Änderung des Stalinschen Gewaltsystems nicht anzuerkennen und die Schwierigkeiten auf dem weiteren Wege zu diesem Ziele zu unterschätzen. Die öffentliche Meinung Amerikas, die man nicht mit der

in den Hauptorganen ihrer Unterrichtung und der in ihnen vertretenen Ansicht verwechseln darf, wird sich weiteren Versuchen einer Entspannung und Liquidierung des gefährlichen Gegensatzes zwischen USA und UdSSR nicht widersetzen, vorausgesetzt, daß ein Versuch zur Wiederbelebung des stalinistischen Kommunismus unterbleibt. Sie ist der Ansicht, daß der künftige Friede eines starken und in sich gefestigten Rußlands bedarf, nicht aber eines Machtvakuums in diesem wichtigen Gebiet, das sowohl zu Europa als auch zu Asien gehört.

Die weitere Schlußfolgerung, daß eine künftige gemeinsame, universale Kultur auch der Spannung zwischen einer liberalen und einer sozialistischen Gesellschaftsform als eines konstituierenden Elements einer gemeinsamen Ordnung bedarf — weil die Verwirklichung des Sozialismus in bestimmten Grenzen eine unabweisbare Zukunftsaufgabe ist —, wird von der öffentlichen Meinung noch nicht gezogen. Aber es liegt in der Folgerichtigkeit der amerikanischen Gesellschaftsordnung, Freiheit und Frieden innerhalb der eigenen Gesellschaft durch ein System von Gegenkräften und Kontrollen zu sichern, die einander im Gleichgewicht halten. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Ideen auch zum Grundgesetz eines Friedens und einer Ordnung der Nationen in ihren machtpolitischen Beziehungen zueinander wie in solchen der sozialen Regelungen werden. Ein Weltgemeinwesen, in dem es weder privilegierte noch unterprivilegierte Nationen, weder Hegemonien noch Unterworfene gibt! Es kann nicht ausbleiben, daß in der Folgerichtigkeit der eigenen Ideen mehr erreichbar sein könnte als eine bloße Koexistenz.

Prof. D. Hans Iwand

Umkehr und Einsicht

Als der letzte Versuch, Deutschland von seiner verhängnisvollsten Regierung zu befreien, endgültig mißlungen war, in jenen bedrückenden Tagen nach dem 20. Juli 1944, stand mit unabdingbarer Klarheit vor unseren Augen, was jetzt kommen mußte: die Spaltung Deutschlands und die Rivalität seiner beiden Teile, die jeweils einem anderen Kulturkreise zufallen mußten. Auch daß Deutschland damit symptomatisch werden würde für die Gesamtlage Europas, konnte man ahnen. Wir haben dieses auf uns zukommende Geschehen mit seinen inneren und äußeren Möglichkeiten damals in unvergeßlichen Gesprächen erwogen, im vertrauten Kreise der Freunde, in der peinvollen Lage derer, die sehen müssen, wie das Schicksal den einholt, der seine ureigenste Möglichkeit preisgegeben hat. Jetzt würden wir gezwungen sein, zu gehen, wohin wir nicht wollten. Es gibt solche Momente besonderer Hellsicht, dann deckt ein Blitz, grell und unausweichlich, die Landschaft vor unseren Augen auf, durch die wir in der Nacht der Bewußtlosigkeit, des falschen Scheins und der feigen Träumereien dahintrotten. Dann müssen wir sehen, wo wir sind und worauf zu wir gehen.

So war damals vieles von dem, was hernach kam, vor unseren erschrockenen Blicken aufgedeckt. Aber als es real wurde, schwand im allgemeinen Bewußtsein unseres Volkes die Einsicht in die innere Notwendigkeit dieses Geschehens. Also eben das, was viele unter uns in seiner Notwendigkeit erfaßt hatten, ehe es geschah, entglitt ihnen über dem Schrecklichen des Geschehens. Vielleicht liegt der entscheidende Unterschied darin, daß die einen, deren Gewissen die Geschichte begleitet, sie anders verstehen als die, die sie hernach objektiv zu erklären trachten. Und doch gab es einen Moment, in dem das Bewußtsein fast allgemein war, daß diese Geschichte unsere Geschichte ist, kein Zufall, kein blindes Schicksal und keine Naturkatastrophe, sondern das uns ins Gesicht gezeichnete Geschehen. Damals verstanden viele, daß es Augenblicke gibt, da man zu den Bergen sagen möchte: Fallet über uns! und zu den Hügeln: Decket uns! Es gibt besondere Zeiten in der sonst so oft träge und im Gleichmaß dahinfließenden Welt- und Völkergeschichte, von denen der Dichter mit Recht sagt, daß sie richtbar sind. Dann weiß jedermann, daß ihn sein Tun oder auch das, was er schuldhaft nicht getan hat, einholt. Gerade das, wovor er auf der Flucht ist, kommt ihm entgegen auf jener schmalen Brücke des Heute, auf der es kein Ausweichen gibt. Damals suchten viele dieses Ausweichen durch den Sprung in

den Abgrund selbstgewählter Todesnacht; darin war das Ende des „Führers" exemplarisch. Er konnte vor der von ihm heraufbeschworenen Geschichte des deutschen Volkes nicht bestehen, nun, da er sie nicht mehr mit seinen Zauberformeln umlog und umdeutete, sondern sie in ihrer göttlichen Notwendigkeit und Folgerichtigkeit in sein Bewußtsein trat.

In diesem Zusammenfall von Geschichte und Gericht verbinden sich Umkehr und Einsicht. Wollen wir den Faden unserer Geschichte wieder aufnehmen, dann werden wir ihn hier aufnehmen müssen. Diese unsere Geschichte war nicht ein von außen her uns treffendes Geschehen, wie man das vom Ersten Weltkrieg gesagt hat — schon das war wahrscheinlich falsch und legte mit die Grundlage für den Zweiten! —, sondern im Zusammenbruch von 1945 ist etwas evident geworden, was uns als Deutsche angeht und unser ureigenstes Sein und Sein-Können betrifft. Wir selbst mit unserer spezifischen Haltung, mit dem Geist, dem wir uns verschrieben, und den Bildern, in denen wir träumten, wir von rechts und wir von links, wir alle sind hier irgendwie mitgemeint und mitbetroffen. W i r sind die einzig mögliche Erklärung dieses Unerklärbaren. Solange wir schweigen, solange aus unserem Munde nicht das entscheidende Wort dazu gefunden wird, wird unsere letzte, unsere jüngste Geschichte im Tiefsten ungedeutet bleiben und werden wir wie andere Völker vor uns mit ihrer von Schuld und Unbußfertigkeit beladenen Geschichte stumm und verzweifelt in den Abgrund sinken. Wie der in seinem Gewissen aufgerufene Mensch der einzige Interpret seiner eigenen Geschichte ist und kein Beobachter von außen her das zu sagen vermag, was er von innen her zu sehen und zu begreifen in der Lage ist, so auch ein Volk. Gewiß, das Volk in seinen geistigen und politischen Führern, in einem ziemlich vielstimmigen Chor, aber doch so, daß es sich darin bewußt wird seiner Identität mit seiner Geschichte.

In dem Augenblick aber, da sich dieses Subjekt des Geschehens lautlos vom Schauplatz seiner eigensten Geschichte wegbegibt, um mit der Miene eines Richters auf derselben Bühne wieder zu erscheinen, da es sich also aus der Rolle des Gerichteten in die des Richters hinwegstiehlt — in diesem Augenblick sind alle Türen des Verstehens und der Einsicht zugefallen. Von da ab geht der Mensch nur noch von außen um das herum, was seine ureigenste Möglichkeit wäre, seine wahre Freiheit! Von da ab hat er nur noch die beiden gleich schlechten Auswege seiner falschen Freiheit, entweder im heidnischen Carpe diem die innere Leere seines Lebens und die tiefe Unbefriedigtheit seines Geistes hinter sich zu bringen, ein ruheloser Flüchtling vor seiner eigenen Wirklichkeit, oder er muß im Hinblicken auf all das, was an Großem und Schönem unwiederbringlich durch seine Vermessenheit dahingesunken ist, erstarren wie Lots Weib, weil uns im Anstarren des Toten die Starre selbst ergreift. Und so träumt er dann von der Wiederkehr jenes Versunkenen, dessen Bild sich in seiner Seele eingegraben hat, und wartet auf den nie kommenden Tag, da es nicht nur in seiner vorgestellten Welt, sondern auch außerhalb seiner zur Wirklichkeit wird. So haben wir nach 1918 von der Wiederkehr dessen geträumt, was mit dem Kaiserreich vergangen war, so träumen wir heute wieder in ähnlich utopischen Bildern. Wer merkt eigentlich, was wir tun, wenn wir so gedankenlos von den Grenzen von 1937 reden! Wenn wir wenigstens noch 1933 sagen würden! Wissen wir nicht, was diese vier Jahre bereits auf sich hatten? Die Umkehr besteht nicht darin, daß wir mit neuen und besseren Mitteln die Wiederholung des Verlorenen suchen, sondern daß wir seine Unwiederbringlichkeit anerkennen. Das allein würde uns die Einsicht freigeben für die neue geschichtliche Aufgabe, die reicher und größer als die vergangene und so tief befleckte auf uns Deutsche wartet.

Aber die Deutschen haben sich ihrem eigenen Schicksal gegenüber entfremdet. Das sieht dann so aus, daß auf der blutigen Walstatt, wo die Geister der Erschlagenen noch nicht zur Ruhe gekommen sind, z w e i Doppelbilder erscheinen, jedes mit seinem Recht und seinen Prinzipien bewaffnet, um sein Gegenüber zu richten. Und es ist das Erstaunliche bei dem seltsamen Dialog dieses mit sich selbst entzweiten deutschen Menschen, daß ihn beides auszeichnet: scharfsinnigste Erkenntnis und unheilbare Blindheit zugleich. Er hat die Gabe, die Fehler im Tun seines Gegenüber zu erkennen und ihm die kommende Katastrophe mit einer Klarheit vorauszusagen, daß kein Gott es treffender tun könnte. Aber da sein Auge starr auf sein Gegenüber gerichtet ist, vermag er sich selbst nicht zu sehen und auch den Abgrund nicht, dem er zutreibt. Den sieht jeweils nur der andere. Weil ihn aber die Wahrheit immer nur aus dem Munde seines feindlichen Gegenüber erreicht, kann und darf er sie nicht glauben, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Er ist verzaubert in das Freund-Feind-Denken. Wer oder was kann ihn daraus erlösen? Er weiß

alles, er erkennt alles, es ist alles richtig, was er sagt und hört, und doch ist diese Gespaltenheit seines Denkens, der Antagonismus seines Geistes, dem er ausgeliefert ist, der unvermeidliche Weg in den Abgrund der Selbstverblendung.

Die aus der Umkehr geborene Einsicht aber würde den Trug des Spiegelbildes aufheben, sie würde mich erkennen lassen, daß ich mir selber in meinem Bruder gegenüberstehe, und daß das, was dieser erleidet oder verschuldet, nichts mir Fremdes und Äußerliches ist, sondern die eine, beiden gemeinsame Geschichte. So hängen sie beide miteinander zusammen, Kain und Abel, und erst, wo erfaßt wird, daß der eine in sich das Schicksal des anderen trägt, daß der Mord, das Blut, das zwischen ihnen steht, ihrer beider Schicksal ist, daß dieses Trennende hinweggenommen werden müßte, damit die Geschichte des Bruderkampfes nicht weitergeht, daß beide sich einem neuen, einem ihnen überlegenen Gnadenrecht unterstellen müßten, um gemeinsam den Weg in das Land der Verheißung antreten zu können — da erst wird Friede sein. Der deutsche Mensch, wenn nicht der Mensch in unserer zweigeteilten Welt überhaupt, ist der sich selbst in seiner Geschichte entfremdete Mensch geworden, entfremdet durch das Ergriffenwerden von lebensfeindlichen Prinzipien, die es dahin gebracht haben, daß wir uns in unserem Bruder auf der anderen Seite nicht mehr zu erkennen vermögen.

Max Scheler hat in seinem noch immer nicht überholten, immer noch nicht recht und nicht voll ausgewerteten Aufsatz über die Reue gesagt, den er unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges geschrieben hat: der Satz von der ewig stillstehenden Vergangenheit sei nicht wahr. Nur dem, der die Reue ablehnt, stehe die Vergangenheit still. Wer aber an den nur ihm selbst erkennbaren Punkt in der innersten Mitte seiner Geschichte tritt, wo der Mensch seiner Schuld ansichtig wird, dem bewegt sich auch die Vergangenheit. Er zerbricht ihre Fesseln und gibt dem stummen Schicksal den Mund, der es enträtselt. In ihm hebt es sich selbst auf. Denn wo immer der Mensch aus Umkehr zur Einsicht gelangt, da tritt die Wende der Geschichte ein, auf die alle Katastrophen hinzielen. Hat doch auch unser gemeinsames Menschenschicksal in e i n e m Menschen und in seinem letzten S c h r e i seine tiefste, für immer gültige Enträtselung, seine bleibende Wendung erfahren.

Dr. G. Groeninger

Politische Gewissenserforschung

Die Ereignisse in Ungarn und Ägypten sind scharf an uns vorbeigegangen. Aber die Gefahrenpunkte der West/Ost-Spannung liegen bedenklich in unserer Nähe. Wir sehen die Zusammenhänge deutlicher als in Korea. Nun sehen wir wieder im Werden der Geschichte, daß die Völker Leidtragende d e r Politik sind, die ohne Waffen keine Wege weiß. Denn M e n s c h e n machen die Geschichte — im Guten wie im Bösen. Erfolge sind i h r Verdienst. Mißerfolg ist das „Schicksal" der anderen.

Das Geschehen in Ungarn und Ägypten ist eine Mahnung an unser Gewissen. — Eine gefährliche Gärung geht durch die Welt. Die Zerrüttung, die der dreißigjährige Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts mit sich brachte, und die drückende Last für neue Rüstung zehren an den spärlichen Reserven unserer Kraft. Mit der Wirtschaft halten wir die äußere Position. Aber im Innersten sind die Völker voll bitterer Enttäuschung. Sie wissen, daß man Mißbrauch mit ihnen trieb, und haben die Ursache ihrer Not erkannt. Die Angst bannt die Kraft und den Willen. Denn wer weiß, ob nicht früher oder später ein Unvernünftiger und einige Gewissenlose hinter ihm — wie einst der verhetzte Junge in Serajewo — den Funken entzünden werden, der die ganze Welt in Flammen setzt.

Deshalb ist es so unklug, wenn von politisch Verantwortlichen so unbedacht geredet wird und aufreizende Worte in die Welt hinausgerufen werden: als könnten wir durch eine Revolution in der Ostrepublik die Wiedervereinigung unseres Volkes am raschesten erreichen oder im Verein mit westlichen Waffen die ganze Sowjetunion von der Landkarte streichen. — War es anders, als der Gewaltsame von 1939 die Städte der anderen „ausradieren" wollte? Solche Reden — ohne Sach- und Formgefühl — zersetzen das Vertrauen,

versperren den guten Weg und liefern nur Zündstoff für schärfere Spannung und größere Gefahr.

Wie ganz anders klingt der Aufruf des Papstes! Die Völker des Westens und des Ostens sollten die Wege des Friedens beschreiten und das zerrissene Band des Vertrauens neu knüpfen. Der Papst verwirft die Politik, die Sonderinteressen und Wirtschaftsvorteile höher stellt als das menschliche Leben und die moralischen Werte. Der F r i e d e sei eine V e r p f l i c h t u n g, die von allen zu erfüllen sei. Es müsse Schluß gemacht werden mit „der brutalen Unterdrückung, mit den Kriegsplanungen und Vormachtstellungen".

Dieses Wort ist authentisch genug, um überall Geltung zu beanspruchen. Es sagt deutlich genug, wie weit wir in dem waffenstarrenden Europa vom richtigen Weg abgekommen sind. Es besagt weiter, daß wir mit der Aufrüstung den guten Weg verlassen haben, den führende Männer von Anfang an seit 1945 als den richtigen und einzig möglichen erkannt hatten: nie wieder dürfe das deutsche Volk Waffen tragen!

Richtige Politik kann nicht mit Waffen, sondern nur mit dem Gewissen gemacht werden, mit dem wachen Bewußtsein der persönlichen Verantwortung nach den höchsten Gesetzen von Religion und Ethik. Wenn das Gewissen christlich oder im Geist „echter Humanitätsgesinnung" gelenkt ist, kann es dem Geist der Gewalt keine Rechtfertigung geben. In der Politik so wenig wie in der Kirche. Niemand kann das heute überzeugender sagen als Kardinal Dr. Frings. Als der Gedanke der Wiederaufrüstung so überraschend über uns kam, erklärte er, man müsse, wenn andere Wege versagen, mit Waffengewalt die Ordnung wiederherstellen. Ein hartes Wort. Eine schwere Belastung für die Kirche. — Doch jetzt kam die befreiende Wendung. In einer Festpredigt verkündete neuerdings der Kardinal seine Abkehr von diesem Gedanken. „Gott möge die Staatsmänner erleuchten, damit die Differenzen zwischen den Völkern niemals wieder mit Waffengewalt ausgetragen werden!" Ein wirklich befreiendes Wort für die Kirche selbst und für die Vielen, die unter der früheren Haltung des Kardinals und der ihm folgenden Bischöfe seelische Qual und Zweifel an der Kirche zu bestehen hatten!

Werden nun unsere Politiker dem Beispiel des Kardinals und dem Aufruf des Papstes folgen? Werden sie nun verstehen, daß der Gedanke der Gewalt unter den Ordnungsbegriffen des Gewissens keinen Platz hat und haben kann? Daß die schlimmsten Übel von heute nur die Folgen der Gewalt von gestern sind und daß deshalb militärische Stärke kein Mittel einer k o n s t r u k t i v e n Politik sein kann?

Gewiß ist Gefahr im Osten. Aber sie kommt aus demselben Geist, der uns Jahrhunderte lang die Gefahr aus dem Westen brachte! Der Wille zum Verstehen hat uns mit dem „feindlichen" Westen versöhnt. Im Osten gibt es keinen anderen Weg — trotz allem, was uns trennt. Das Leben der Menschheit ist wichtiger als Systeme und Ideologien.

Unsere Ost-Angstbeklemmung ist ein schlechter Berater. Sie verdunkelt das Licht, das den anderen Völkern aus dem universalen christlichen Geist hinüberstrahlen sollte. These und Anti-These schaffen nur Gegensätze, aber niemals Ordnung. Nur die Synthese, die das allen Menschen und Völkern Gemeinsame — das Recht und den Willen zum Leben — verbindet, kann allein noch die Zukunft sinnvoll gestalten. (Der Gedanke „These-Synthese" stammt von Kl. Brockmöller.)

Wie ganz anders stünden heute die kriegsbetroffenen Völker Europas, wenn man statt nationalistischer Verengung die universale Idee der christlichen Verkündigung beherzigt hätte; wenn die Herrscher früherer Zeiten nicht so sinnlos gehandelt hätten, ihre Völker mit dem Aufgebot aller Kräfte für Rüstung von innen her zu belasten, um andere Völker im gegenseitigen Kampf zu vernichten. Gilt nicht für alle diese Machthaber und ihre Ideenträger das Herrenwort an die Schriftgelehrten: „Wehe euch, ihr beladet die Menschen mit unerträglichen Lasten, und ihr rührt sie nicht mit einem Finger an!" —

Läßt sichs noch verantworten, das sichtbare Verderben solcher Traditionen heute in der Gefahr der Atomkraft-Vernichtung noch weiterzutragen? Diese Gewissensfrage war im Ungarn- und Nahostkonflikt Gegenstand ernster Entscheidungen. Es ist das Verdienst der USA-Regierung, daß sie nicht nach dem Prinzip der Stärke, sondern nach gewissensmäßiger Überlegung gehandelt hat. Sie hat dadurch Schlimmstes — vielleicht einen dritten Weltkrieg — verhütet. Hier ist das politische Gewissen und politische Weisheit offenbar geworden — aus der Erkenntnis, daß heute die Waffen nicht mehr die ultima ratio regis, nicht mehr der letzte Ausweg der Politik sein können.

Die großen Entscheidungen der Politik können nur noch im geistig-ethischen Bereich reifen, nicht im Geist der Waffen. Nicht im Können der Technik und der Atomwissen-

schaft, die schon ein Attentat auf die Schöpfung vorbereiten — wenn ein verwegener Staatsmann von ihrem „Können" Gebrauch macht.

Die Gewissensfrage ist im Grundgesetz am falschen Platz gestellt. Junge Menschen — geistig und seelisch noch nicht gereift — sollen auf die schwierigen Fragen geprüft werden, die einem Mann der Wissenschaft zu denken geben. Diese von Natur einfach und im Wesen christlich geformten Menschen mit der anima naturaliter christiana, die aus unverfälschter Natürlichkeit menschlichen Empfindens Wehrpflicht und Kriegsdienst ablehnen, sollen für Wahrheit und Echtheit ihrer Gesinnung Zeugnis geben. Weil sie Mitmenschen nicht töten wollen, Bomben auf Städte und unschuldige Menschen nicht abwerfen wollen, eigenes Land und die eigenen Familien nicht in die gleiche Gefahr bringen wollen. Was für sie als Menschen und Christen selbstverständlich ist, soll ihnen bei „bestandener Prüfung" als Ausnahmefall zugestanden werden. Sehen wir nicht, daß die Welt des Geistes und der Seele auf den Kopf gestellt wird, wenn Moral nur ausnahmsweise und unter drückender Bedingung (Ersatzdienst) zugelassen wird? In der Schrift aber heißt es ganz eindeutig, daß Leben erhalten das Gute und Leben vernichten das Böse ist. Das ist das Grundgesetz aller Ethik und so auch der politischen Ethik.

Hieraus ergibt sich die Ächtung des Krieges. Sinngemäß ist dies auch aus Art. 9 (2) des Grundgesetzes zu folgern, der Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verbietet. Was uns auch bedrücken mag, es kann heute — um mit Kardinal Ottaviani zu sprechen — überhaupt keinen Grund mehr geben, der einen Krieg bei seinen unvorstellbaren Vernichtungsfolgen rechtfertigen könnte. Deswegen wäre die Gewissensfrage dort zu stellen, wo man Wehrpflicht fordert und Waffenrüstung durchsetzt. Wer dafür ist, steht außerhalb der christlichen Ethik (Bergpredigt). Wer dagegen ist, braucht seine guten Gewissensgründe nicht mehr zu beweisen. (Anders beim Waffendienst für staatliche und überstaatliche Polizeiaufgaben, z. B. der UNO-Truppen.)

In Gewissensfragen muß man jedem gegenüber gerecht und tolerant sein. Es ist unrecht, dem Waffengegner grundsätzlich das gute Gewissen abzusprechen und ihn als Feind der Demokratie abzutun. Wer Waffendienst ablehnt, tut es nicht aus Haß gegen den Staat und die Demokratie. Es geht ihm vielmehr um ihre bessere Form und ihren wahren Inhalt. Er will den Bestand des Staates wirksamer sichern. Unsere junge Demokratie — noch recht unsicher auf den Füßen schwankend — läßt sich durch Waffendienst und Rüstung und ihre kaum noch zu tragende Milliardenbelastung noch weniger am Leben erhalten, als es die frühere Monarchie vermochte, obwohl diese durch geschichtlichen Bestand und im Geiste des Volkes und der führenden Schichten viel stärker gefestigt war. Sie ist als Opfer des Krieges und am Geist der Waffenstärke zugrunde gegangen. Mit Gewalt kann man nichts aufbauen, sondern nur zerstören.

Die Abkehr vom Geist der Gewalt wird die kopernikanische Wendung sein, die den ganzen Planeten erfassen und ungeahnte Möglichkeiten aufbauender Politik nach innen und außen erschließen wird. In weltwirtschaftlicher Verbindung wird die Wirtschaft werteschaffende Aufgaben finden, die uns von dem dämonischen Eifer befreien, für Rüstung Milliarden ohne Wertschöpfung und Rendite auszugeben, um Millionen von Menschen gewaltsam zu töten und Milliardenwerte sinnlos zu vernichten. Mit verdoppelten Milliarden — die aus Kriegsverlusten kommen hinzu — könnten bei uns und bei unterentwickelten Völkern bleibende Werte in rentierender Arbeit zum Nutzen aller geschaffen werden. Das ist keine Utopie. Vor 1914 waren wir bereits auf diesem Wege. Wir standen auf den ersten Stufen einer Weltwirtschaft. Heute stehen wir am Abgrund — vor einer Weltvernichtung. Weil die Mächtigen dieser Erde mit Gewalt und Siegesstolz e r o b e r n wollten, anstatt im Austausch von Gütern und Leistung gerechten und bleibenden Erwerb zu suchen.

Es kann nicht mehr weitergehen ohne die Erhebung zu den höheren Dingen. Wenn wir den Glauben hätten — er braucht keine Berge zu versetzen —, nur den Glauben, daß der göttliche Funke in Geist und Gewissen eine stärkere Macht im Aufbau darstellt als alle Waffen, dann können wir das schwer entstellte „Angesicht der Erde erneuern". Und wir fänden diesen Glauben, wenn wir nur dem Geist der Gewalt entsagen, die Versäumnisse des christlichen Abendlands nachholen und jetzt, in der Stunde größter Gefahr, der Welt das gute Beispiel geben würden. W i r im Abendland sind am Zuge, weil wir an anderen Völkern so manches gutzumachen haben, und weil wir mit dem christlichen Auftrag am engsten verbunden sind.

Der gefürchtete andere kann nicht unser Freund werden, wenn wir nur Schlechtes bei ihm sehen, ihm nur mit Mißtrauen begegnen, ihn keines Blickes würdigen und ihm nur böse Worte zurufen. Es geht bei den Völkern wie im kleinsten Dorf. Gute Beziehung setzt gutes Verhalten voraus. „Was du willst, das dir die anderen tun sollen, das tue ihnen auch!" Das ist ganz einfach und selbstverständlich. Die Dinge sind nicht immer so hoffnungslos verworren, wie sie oft durch die Politik mit ihrer seelentötenden Freund/Feind-Einstellung gemacht werden. Wer hier die innnere Größe zeigt und den Anfang zum Guten macht, wird der Sieger sein. Ein Sieg, der jedem zum Besten gereicht. Der Sieg ohne Waffen, ohne Zerstörung.

Diese Gedanken sind nicht utopisch, sondern zwingende Realität. Sie sind nichts anderes als einfach menschliches Denken und elementare Ethik, in die Politik übertragen. Durch den Geist unserer Geschichte mit ihren tief eingewurzelten, lebenszerstörenden N e g a t i v e n von Haß und Kampf und Waffensiegen haben wir vielfach den Sinn für echte Realität verloren, die heute allein noch die Zukunft der Menschheit sichern kann.

Und hier die Gewissensfrage: haben wir nicht auch den Sinn für die echte Realität des Weihnachtsfestes verloren — — — wenn wir die hohe Verheißung des „Friedens auf Erden" in erhebenden Kirchenfeiern zwar gläubig bejahen, aber im öffentlichen Leben diese Urkraft des Glaubens ausschalten und nach Waffen suchen, um den Frieden auf Erden zu finden? Liegt hier nicht ein Hauptgrund unseres geistigen Zerfalls im Abendland? — Friedensbekenntnis — und Rüstungseifer! Ist das nicht eine lebensgefährliche Paradoxie?

Wahrlich, wir leben geistig in dunkler Nacht. Möchte das Fest des göttlichen Lichts die Erleuchtung bringen!

Wir brauchen viel Licht — — —

K l e m e n s B r o c k m ö l l e r, S. J.

Individualismus und Kollektivismus

Gedanken zur Koexistenz und zur Wiedervereinigung

(Fortsetzung des Aufsatzes aus Heft 1)

II. Gedanken zur Koexistenz

Ein Problem von besonderer Art ist durch die Parole von der Koexistenz der beiden Systeme des Individualismus und des Kollektivismus gegeben.

Die Verfestigung der Fronten

Unverkennbar ist zunächst der äußere Anlaß, den ursprünglichen und inneren Gegensatz einfach zu überspringen. Es sind vor allem politische und wirtschaftliche Erwägungen, die sich aus der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage der Gegenwart ergeben.

Ebenso unverkennbar ist die Fragwürdigkeit dieser Parole. Man versucht, einfach die Augen zu schließen und zu tun, als ob die beiden Systeme nicht einen inneren Gegensatz bedeuteten. Es soll zu einer Art von Burgfrieden zwischen zwei feindlichen Lagern kommen.

Da aber die Andersartigkeit des kollektivistischen Systems ihre Begründung aus dem Versuch bekommt, das individualistische Welt- und Menschenbild durch das kollektivistische zu ersetzen, muß der weiter bestehende innere Gegensatz notwendig zu immer neuen Konflikten führen, abgesehen davon, daß die neu anstehenden Weltprobleme gar nicht von den beiden verschiedenen Ideologien her gelöst werden können. Ja, der Versuch der gegenseitigen Überwindung ist so tief verwurzelt, daß er mit pseudoreligiöser Inbrunst geradezu den missionarischen Charakter einer Heilsaufgabe bekommen hat.

Im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben soll der einzelne wieder ganz in die Ordnung des Ganzen, des Kollektivs, eingefügt werden. All das, was wir als kommunistische bzw. bolschewistische Forderung genugsam kennen, lebt von diesem inneren

Gegensatz, und wir sollten uns hüten, es nur als die Ausgeburt einer raffinierten Herrschsucht zu sehen. Es ist viel tiefer in der mit religiöser Inbrunst aufgegriffenen Heilserwartung und Sendungsbereitschaft begründet. Auch das, was vom westlichen Standpunkt der Freiheit des einzelnen aus als Vergewaltigung des Menschen in der Kollektiv-Gesellschaft angesehen und abgelehnt wird, ist nichts anderes als Folgerichtigkeit aus dem ganz anderen Menschen- und Weltbild des Kollektivismus. Das fängt schon bei den Methoden der Umerziehung der Menschen im Kindergarten an. Wenn das Kind mit einem Ball spielt, bekommt es einen Ball, den es nicht allein bewegen kann, bei dem es vielmehr auf das Zusammenspiel mit anderen angewiesen ist: es soll spielend zur Einfügung in das Ganze erzogen werden. Diese Tendenz geht bis in die Haltung der Religion gegenüber. Es soll dem Menschen noch der letzte Halt genommen werden, den er in seiner individuellen Eigenständigkeit im Gegenüber zu Gott findet. Nur konsequent ist es, wenn das kämpfende Gottlosentum diese Bindung als die größte Gefahr erkennt und bekämpft; das ist nicht Taktik, sondern die Konsequenz des ganz anderen Weltbildes.

Das Wagnis der Synthese

Unter diesen Verhältnissen bekommt jeder Versuch einer Synthese den Charakter eines Wagnisses. Es ist aber immer so, daß irgendein Unrecht den Schein seines Rechts von dem einen Teil des Rechtes auf der eigenen Seite und dem anderen Teil Unrecht auf der Seite des Gegners herleitet. Darum wird der Affekt lebendig, wenn nun jemand umgekehrt daran geht, den einen Teil Unrecht auf der eigenen Seite mit dem anderen Teile Recht auf der Gegenseite zu konfrontieren.

Bei nüchterner, alle sogar berechtigten Affekte überwindender Betrachtung ergibt sich aber in unserer Frage gerade dieses Bild. Beide Systeme setzen eine Funktion des Menschen absolut und vergewaltigen dadurch den Menschen, ihr Unrecht liegt also nicht in dem, was sie an wahren und echten Werten zur Geltung bringen wollen, sondern in dem, was sie übersehen und verneinen.

Nach dem Vorbilde des dialektischen Denkprozesses, der von der These über die Antithese zur Synthese fortschreitet, bringt eine echte Synthese nun nicht die Überbrückung des Gegensatzes dadurch, daß man von These und Antithese je ein Stück wegläßt und die beiden Reste zusammensetzt, sondern vielmehr dadurch, daß Elemente der These und der Antithese in der neuen Synthese Aufbauelemente darstellen, die beide ihren Selbständigkeitscharakter in dem Neuen geopfert haben.

Entsprechend ist es in unserem Falle. Der Individualismus sieht und wertet den Menschen als Einzelwesen, was er durchaus ist. Er übersieht und vernachlässigt die Werte der Gemeinschaft. Der Kollektivismus sieht und wertet umgekehrt den Menschen als Glied der Gemeinschaft, was wiederum auch in der menschlichen Natur begründet ist. Beide Systeme übersehen, daß die Würde und Eigentümlichkeit des Menschen nicht darin besteht, daß er ein Einzelwesen (ens individuale) bzw. daß er ein Gemeinwesen (ens sociale) ist, sondern vielmehr darin, daß er ein Wesen ist, das beide Elemente in sich vereinigt.

Person und Gemeinschaft

Hier liegt der letzte Grund für die Aussage, daß sowohl die Ideologie des Westens, der Individualismus, als auch die Ideologie des Ostens, der Kollektivismus, falsch sind, daß wir vielmehr, um eine neue Ordnung zu schaffen, ein neues Ordnungsbild brauchen.

Versuchen wir nämlich, das Wesen des Menschen philosophisch zu ergründen, so müssen wir sagen, daß der Wert des Menschen keineswegs in seiner Individualität besteht. Daß er ein Einzelwesen (Individuum) ist, unterscheidet ihn noch nicht einmal vom Tier. Seine Würde ist die geistige Personalität. Weil der Mensch eine Person ist, ist er Träger von Rechten. Versuchen wir aber weiter, das Wesen der Person philosophisch zu ermitteln, so ist die eine Komponente zwar die Individualität und die andere, ebenso konstitutive Komponente die Gemeinschaft. Die Person ist s o w o h l ein Einzelwesen a l s a u c h ein Gemeinwesen, ens individuale e t ens sociale. Es ist auch nicht so zu denken, daß sich vorgegebene, in sich vollständige Einzelwesen zur Gemeinschaft zusammenschließen, sondern damit, daß der Mensch als Person existiert, ist schon die Beziehung zu anderen, die Gemeinschaft, konstitutiv gegeben.

Wir übersehen das oft in unserer westlichen Sprechweise. Wenn wir z. B. von der Verteidigung der Rechte des einzelnen sprechen, von den individuellen Rechten, sollten wir bedenken, daß der einzelne als einzelner eigentlich überhaupt keine Rechte hat. Recht

ist wesentlich die Beziehung zwischen zweien oder mehreren. Weil der Mensch in der wesenhaften Beziehung zu einer anderen Person steht, hat er Rechte. Philosophisch genau gesprochen: die menschliche Person, die ein Einzelwesen ist, hat Rechte und ist Träger von Rechten als Gemeinwesen. Weil das Ich in der wesenhaften Beziehung zum Du steht, darf das Ich das Du nicht übersehen, und umgekehrt, das Du nicht das Ich.

Auch in der Lebensverwirklichung des Menschen als Person darf deshalb nicht die individualistische Lebensverwirklichung Grundform und Richtpunkt sein. Keineswegs bestehen einzelne unabhängige (autonome) Individuen, die sich in einem freien Vertrage etwa zu einem Staatsgebilde zusammenschließen können, wenn und soweit ihnen das zweckmäßig erscheint, sondern schon in der Natur des Menschen als Person liegt die Ausrichtung des Menschen auf die Gemeinschaft hin. Diese Gemeinschaft ist aber gleichzeitig etwas wesentlich anderes als ein Kollektiv. Wie in einer individualistischen Ordnung die Gemeinschaft übersehen wird und verkümmert, so wird in einer kollektivistischen Ordnung das Einzelwesen übersehen und vergewaltigt. Echte Gemeinschaft dagegen läßt dem einzelnen Gliede seine ihm zustehende Eigenständigkeit, ohne die Werte des Ganzen und die Ausrichtung auf das Ganze zu verleugnen.

Das neue Ordnungsbild

Das gilt dann für alle Ordnungen: Personale Eigenständigkeit in einer Gemeinschaft. Wir hätten damit ein Ordnungsbild, das zwischen dem westlichen Individualismus und dem östlichen Kollektivismus steht und Ausgangspunkt einer echten Erneuerung werden könnte, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, in das eine oder das andere Extrem auszugleiten.

Im Politischen würde es die Überwindung der nationalstaatlichen Souveränität wie auch der kollektiven Vermassung fordern. In dem Staatsideal der Neuzeit hat sich doch jeder Staat individualistisch als ein in sich geschlossenes Ganzes gefühlt und gebärdet, das sich anderen gegenüber abschließt und über andere seine Herrschaftsansprüche durchzusetzen sucht. Was heute als Kolonialismus abgelehnt wird, ist im Grunde doch nichts anderes als eine Auswirkung des individualistischen Staatsdenkens. Selbst die Paneuropa-Idee wäre noch keine echte Lösung, wenn sie nur als eine Integration von kleineren Staaten in ein größeres Gebilde gesehen würde, um sich anderen Gebilden gegenüber behaupten zu können. Ihr würde ein wesentliches Element fehlen, nämlich die weitere Einfügung in die größere Gemeinschaft der Völker als Völkerfamilie.

Das staatliche Machtdenken im Sinne einer militärischen Aufrüstung alten Stils, nach dem die Wehrmacht so etwas wäre wie die ultima ratio regis zur Behauptung eines Herrschaftsanspruches, würde damit im Kern getroffen. Die Macht als solche ist nicht schlecht. Sie wird aber schlecht, wenn sie zur Gewaltanwendung mißbraucht wird, in der sich ein einzelner Mensch oder auch ein einzelner Staat über die rechte Einordnung in das Ganze einer mitmenschlichen Gemeinschaft hinwegsetzt.

Dasselbe gilt im Bereich der Wirtschaft. Jenes liberale Wirtschaftsprinzip, das den einzelnen Wirtschaftenden oder eine Wirtschaftsgruppe aus der sozialen Verflechtung löst und ohne Bindung an die mitmenschliche Gemeinschaft sich autonom setzt, ist damit im Grunde genau so verurteilt wie jene gebundene Wirtschaftsform, die nur das Kollektiv als Träger und Nutznießer der Wirtschaft gelten lassen will. Auch hier war das Anliegen einer Sozialreform gegenüber dem liberal-kapitalistischen System des neunzehnten Jahrhunderts berechtigt und bleibt so weit und in dem Maße weiter berechtigt, wie dieses noch nicht überwunden ist. Umgekehrt ist der dialektische Umschwung in die Antithese einer klassenlosen Gesellschaft oder einer den einzelnen einwalzenden Kollektivwirtschaft keineswegs eine echte Lösung: darin wird der einzelne ebenso vergewaltigt und seiner wahren Menschenwürde beraubt.

Hier setzen eigentlich die auch bei uns noch anstehenden Probleme einer echten Sozialreform an, die ja weiter reichen als bis zu der Lösung, wie eine Versorgung für die Zeit der Krankheit und des Alters geleistet wird. Die Fragen des Mitbestimmungsrechts, der Angleichung des Lohnarbeitsverhältnisses an den Gesellschaftsvertrag, einer Existenzsicherung durch Eigentum, und damit einer neuen Form personalen Eigentums in der Bindung der Gemeinschaft, sind einige dieser Probleme.

Freilich müßten diese Reformen begleitet sein — oder, besser gesagt: getragen werden — von einer Reform der ethischen Grundhaltung, in der nicht das freie, bindungs- und beziehungslose, autonome Individuum letzte Norm und höchstes Ziel sein darf, wie auch

umgekehrt nicht jenes Kollektiv-Ideal, in dem die menschliche Person ihre Eigenständigkeit dem reinen Glied-Dasein opfern soll.

In einer solchen Synthese würde dann von innen her das Problem der Koexistenz gegenstandslos. Nicht ein beziehungsloses Nebeneinander, das doch nur immer neu den Zündstoff zu neuen Komplikationen liefert, sondern eine innere Besinnung und Reform von beiden Seiten her, zu einer neuen Gemeinschaft miteinander, würde die Gegensätze überbrücken.

Übrigens ist es in diesem Zusammenhange sehr interessant, wie Stalin als Anhänger des dialektischen Materialismus — nach dem sich ja mit theoretischer Folgerichtigkeit immer aus einer These in dialektischem Umschwung die Antithese entwickelt — die vom System her geforderte Weiter- und Umentwicklung des bolschewistischen Systems abzutun versucht hat. Es war eine typische Kurzschlußlösung, in der das bolschewistische System eigentlich ganz unmotiviert zu einem End- und Idealstadium erklärt wurde. Praktisch wird auch niemals das eine oder das andere Extrem ganz rein verwirklicht, weil ein Extrem in der praktischen Verwirklichung seine Absurdität von selber beweist. Das hindert aber nicht, daß der zugrunde liegende Trend in die eine oder die andere Richtung geht. Deshalb wurde vom Anfang dieser Untersuchung an gesagt, daß sowohl das westliche System der individualistischen Lebensordnung als auch das östliche System einer kollektivistischen Ordnung falsch seien, weil und soweit sie Ausprägungen in der Richtung des Extrems darstellen.

Christentum und Koexistenz

Aus dem Gesagten dürfte sich unmittelbar ergeben, daß das Christentum in seinem inneren Wesen sich niemals mit einer Koexistenz abfinden kann, weder mit der Anerkennung der Koexistenz der beiden heute vorherrschenden Systeme noch mit der Anerkennung der Koexistenz des Christentums mit dem einen oder dem anderen System. Aber es scheint nicht überflüssig, zu betonen, daß sich echtes Christentum genau so wenig mit einem individualistischen System wie mit einem kollektivistischen System verträgt.

Urbild und Schöpfer der Welt ist der dreifaltige Gott. Die göttlichen Personen stehen in der wesentlichen Beziehung zueinander, die wir als allerheiligste Dreifaltigkeit bekennen. Nach diesem Urbild ist der Mensch als Person mit wesentlichen Beziehungen zu anderen Personen in Gott und der mitmenschlichen Gemeinschaft geschaffen. Darum liegt schon in der Natur des Menschen die zweifache Funktion, die in der sittlichen Lebensgestaltung des Menschen einerseits die Anerkennung der Persönlichkeit und andererseits die Verpflichtung zu dem notwendigen Dienst an der Gemeinschaft fordert.

Die Ethik des Christentums gipfelt infolgedessen mit innerer Notwendigkeit in dem Gebot der Gottesliebe und der Nächstenliebe. Die Vollkommenheit sieht das christliche Sittengesetz nicht in der möglichst vollkommen vollzogenen Abkehr oder Abgrenzung von anderen, also in der Pflege der Individualität, sondern in der möglichst vollkommen vollzogenen Hinwendung zu den anderen — also in der Pflege der sozialen Funktion.

Das Wesen der Kirche als Gemeinschaft der übernatürlichen Ordnung ist nicht nur eine gesellschaftliche Vereinigung aus freier Wahl der Menschen, sondern als Gliedschaft am mystischen Leibe Christi innere Gemeinschaft der Teilnahme am göttlichen Leben.

Verstehende Begegnung in christlich missionarischer Aufgabe mit den Menschen unter dem System des Kommunismus darf also nicht in dem Sinne umgedeutet werden, als ob das Christentum eines Tages das geltende System des Kommunismus anerkennen, gelten lassen und mit ihm koexistieren könnte, sondern nur im Sinne einer neuen Synthese, in der berechtigte soziale Anliegen aus der Verbindung mit einem falschen System gelöst und in einem neuen System der Gerechtigkeit und der Liebe verwirklicht werden.

(Wird fortgesetzt.)

Zu gleicher Zeit . . .

Zu gleicher Zeit, als die Menschen in unseren Großstädten Schlange standen, um sich für die Verwundeten der ungarischen Revolution Blut abzapfen zu lassen, erzählte eine junge Chemikerin von einer berühmten süddeutschen Universitätsklinik, sie habe sich wenige Tage vorher vergebens bemüht, unter den registrierten Blutspendern der Stadt gratis zwei Liter Blut für zwei todkranke Bluter auf ihrer Station aufzutreiben, die von ihren Krankenkassen längst ausgesteuert sind und die fünfzig Mark, die eine Transfusion kostet, nicht mehr bezahlen können.

Zu gleicher Zeit, als die groß aufgemachten Nachrichten aus Ungarn und die weniger groß aufgemachten aus Ägypten die jungen Söhne unseres Volkes demonstrierend und anklagend auf die Straße trieben, boten ihre Mütter zu Hunderttausenden das abstoßende Schauspiel rauschhafter Selbstsucht und raffgieriger Torheit. („Wie, im Nahen Osten sollen die Ölleitungen gesprengt werden? Dann muß ich sofort zwanzig Kanister Speiseöl einholen!")

Und zu gleicher Zeit, als Millionen Menschen unseres Volkes in Westdeutschland nach Jahren satten Schlummers wieder zumindest für Stunden zum Bewußtsein des Friedens und seiner wunderbaren, opferwürdigen Größe erwachten, gaben zwei namhafte gewählte Vertreter dieses Volkes vor aller Welt erschreckende Worte von sich: der eine jonglierte in intellektueller Perversion mit der Apokalypse des Bruderkrieges in Deutschland, und der andere tobte sich in einen Anfall von Cäsarenwahn hinein, indem er so tat, als sei es technisch möglich, ein Land, das fast hundertmal größer ist als die Bundesrepublik und das nach modernen Maßen in deren unmittelbarer Nähe liegt, von der Landkarte verschwinden zu lassen, ohne daß Deutschland für immer mitverschwände.

Es waren Tage, in denen zusammen mit viel Hilfsbereitschaft, Besinnung und Würde auch eine Menge von Materialismus, Neurose und Selbstüberhebung sichtbar wurde. Vor sieben Jahren wären die guten Eindrücke noch klar in der Mehrheit gewesen. Muß man da nicht fragen: Wie soll es erst nach weiteren sieben Jahren aussehen, wenn es mit unserer Moral so weitergeht?

Und die Gründe —?

Ich beobachtete in unserer Stadt folgendes:

Ein Kind stand auf dem Gehsteig und sah zu, wie gegenüber ein Haus gebaut wurde. Eben lieferte ein Lastzug Kies an und versperrte für einige Minuten die Straße. Da kam ein Personenwagen daher, und weil er nicht durchfahren konnte, bog er einfach auf den Gehsteig aus und stieß das Kind um.

Es war aber kein Ami . . .

Johannes Weidenheim

Dr. Helmut Dörr

Über die Ereignisse in Polen und Ungarn

Betrachtungen und Schlußfolgerungen

I.

Wahres und Falsches, Behauptungen, Gerüchte, propagandistische Übertreibungen und Aussparungen, das alles und noch viel mehr war in den vergangenen Wochen zu entdecken, wenn Presse und Rundfunk sich mit den Vorgängen in Polen und Ungarn befaßten. Besonders bei der Berichterstattung über das ungarische Geschehen stand oftmals noch der Kalte Krieg vergangener Jahre Pate.

Es wäre leichtfertig und müßte zwangsläufig zu unrichtigen Urteilen führen, wollte man die jüngsten Ereignisse in beiden Ländern ohne Einordnung in weltpolitische Zusammenhänge und auch nur ohne Berücksichtigung der Geschichte Polens und Ungarns seit dem Kriege werten. Gerade deutscherseits sind Einseitigkeit und Subjektivität fehl am Platze, die von Gefühlsmomenten und Wunschträumen ausgehen. Deshalb soll hier versucht werden, aus Vorgeschichte, Auslösungsmomenten und Hintergründen Folgerungen für künftiges politisches Verhalten zu ziehen. Denn wenn auch an Weichsel und Donau die Dinge noch durchaus im Werden sind und manche Einzelheit noch keineswegs sicher zu beurteilen ist oder in größere Zusammenhänge eingeordnet werden kann: vom Grundsätzlichen her ist eine Stellungnahme schon sehr wohl möglich — und angebracht.

1944/45 besetzten sowjetische Truppen Polen, das während des Krieges auf alliierter Seite kämpfte, und ebenso das lange an Hitlers Seite kriegführende Ungarn. Mit Hilfe der Besatzungsmacht gelangten die kommunistischen Parteien beider Länder zur Macht, nachdem sie sich durch aktiven Kampf gegen deutsche Besatzung einen gewissen und keineswegs unbestrittenen Führungsanspruch erworben hatten. In Westeuropa vollzog sich etwa gleichzeitig ein ähnlicher Prozeß, wenn auch unter anderen parteipolitischen Vorzeichen.

Wurde hier die Entwicklung sehr bald maßgeblich durch die USA bestimmt, so dort von der Sowjetunion. Die Nachkriegsjahre waren durch nichts mehr gekennzeichnet als durch die rasch dichter werdende Atmosphäre des Mißtrauens und in ihrem Gefolge durch die wachsende Spannung zwischen Ost und West. Beide Seiten bauten ihre Positionen politisch, wirtschaftlich und militärisch aus, und Staaten, die sich in den engeren Bereich einer der beiden Weltmächte freiwillig einfügten oder in ihren Sog gerieten, wurden Bestandteil des östlichen oder des westlichen Machtblocks, oftmals auf Kosten ihrer Souveränität und ihrer nationalen Unabhängigkeit. Die Politik des Westens zielte unter der Fiktion der Bedrohung aus dem Osten darauf ab, Rußland militärisch einzukreisen und es wirtschaftlich zu boykottieren. Dieser Trend gipfelte in der Gründung von NATO, SEATO und Bagdad-Pakt, die zwar als kollektive Verteidigungsgemeinschaften deklariert wurden, Rußland jedoch nicht zugänglich waren. Die Folge war, daß der Kreml alle Kräfte seines Einflußbereiches solidarisierte und schließlich die westlichen Militärallianzen mit der Schaffung des Warschauer Paktes beantwortete.

Angesichts dieser Verhärtung der Frontstellung mehrten und komplizierten sich die ungelösten Probleme in der ganzen Welt. Die Völker, auch die nicht einem Machtblock zugeordneten, litten unter der unaufhörlich wachsenden Kriegsangst und Kriegsdrohung. Immer vernehmlicher wurde die Forderung nach einer Politik der Verständigung erhoben, weil sich endlich nur noch diese eine Alternative anbot: entweder weiterer Ausbau der militärischen Systeme und weiter fortgesetztes Wettrüsten bis zu seiner Entladung in einem alles vernichtenden Atomkriege, oder aber: sofortiger Abbau der Spannungen durch Wahrnehmung jeder Verhandlungsmöglichkeit, durch allmähliche Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, durch Abrüstung, Kernwaffenverbot und allgemeines Sicherheitssystem mit wirksamen Schutzmaßnahmen für alle.

Die beiden Weltmächte sahen sich gezwungen, den Weg der Vernunft einzuschlagen, wozu der Druck der öffentlichen Meinung ebenso zwang wie die Parität der beiderseitigen Atomrüstung. Auf indische Initiative hin, mit aktiver Unterstützung Volks-Chinas und der meisten afro-asiatischen Regierungen, kam es zu der so bedeutsamen Konferenz von Bandung, und nicht ihr unwichtigstes Kennzeichen war die Beteiligung von Ländern, die über SEATO oder Bagdad-Pakt dem westlichen System von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen angehörten. Die Entschließungen von Bandung bildeten Auftakt und Voraussetzung zur Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955, auf der Vereinigte Staaten und Sowjetunion in wichtigen Problemen eine weitgehende Übereinstimmung grundsätzlicher Natur erzielten. Und ohne Genf wäre wiederum der XX. Parteitag der Sowjet-Kommunisten in vielem unverständlich, der die Grundlinien der Politik von Genf ausdrücklich anerkannte und den Kurs der friedlichen Koexistenz proklamierte, mit waffenlosem Wettbewerb auch im wirtschaftlichen und kulturellen Sektor.

Angesichts der politischen Entspannung in der Welt leitete dieser Parteitag eine grundsätzliche Änderung im bisherigen Verhältnis Sowjetrußlands zu den anderen Ländern des „sozialistischen Lagers" ein. Man beschloß in Moskau, die wechselseitigen Beziehungen im Ostblock etwa nach dem Vorbild der zwsichen Moskau und Peking bestehenden neu zu ordnen, ohne aber etwa den volksdemokratischen Status oder die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Frage zu stellen bzw. stellen zu lassen.

Die zweite wichtige Maßnahme des XX. Parteikongresses, die ebenfalls in Wechselwirkung mit den polnischen und ungarischen Ereignissen zu sehen ist, war die Absage an den „Personenkult" und die damit eingeleitete Revision der in seinem Zeichen begangenen Fehler und Ungesetzlichkeiten. Hier ist schon heute die Feststellung zulässig, daß auch diese Richtlinie eng zusammengehört mit der Freigabe eigener, national verschiedener Wege zum Sozialismus in den Ländern des Ostblocks außerhalb der UdSSR.

Mochte auch die offizielle Absage an den alten Kurs das Risiko einschließen, daß innerhalb der einzelnen kommunistischen Parteien scharfe ideologische Auseinandersetzungen entbrannten: in Moskau erwartete man, dieser ganze Prozeß werde sich ruhig und orga-

nisch vollziehen, dafür würde schon die bewährte Parteidisziplin bürgen. Diese Hoffnung aber trog, der Übergang zu bisher nicht geübter Selbständigkeit brachte in einigen Volksdemokratien heftige Erschütterungen mit sich. Dafür sind verschiedenartige Momente entscheidend. Zu lange hatte man historisch gewachsene Unterschiede und nationale Besonderheiten der einzelnen Völker vernachlässigt oder negiert. Der Übergang von einheitlich normierter Doktrin und dogmatisch ausgelegter Ideologie zu selbständigerem Denken, kritischer Analyse und Freiheit der Diskussion kann sich kaum ohne tiefgehende Erschütterungen vollziehen. Die unvermittelte und sehr radikale Absage an das bisher allein gültige Vorbild Stalin mußte gerade bei den kommunistischen Kadern Unsicherheit hervorrufen.

Das ungewöhnlich offene Eingeständnis von Ungesetzlichkeiten und Verbrechen, die zu Lebzeiten Stalins verübt und geduldet worden waren, mußte schließlich Rechtsordnung und Verwaltungsaufbau in Mitleidenschaft ziehen, und das alles um so mehr, je enger man sich vordem auch personalpolitisch auf die Weisungen der Moskauer Zentrale ausgerichtet hatte.

II.

So leicht man dazu neigen mag, die weit ruhigere Entwicklung Polens zum nationalpolnischen Kommunismus den Ereignissen in Ungarn gegenüberzustellen, so darf doch nicht übersehen werden, daß der Aufstand Posener Arbeiter auch hier das eigentliche Signal war. Immerhin war man klug genug, in den Prozessen gegen die deswegen vor Gericht gestellten Empörer nicht nur die zuerst vertretene These fallen zu lassen, es handele sich allein um ein Werk ausländischer Agenten und von Staatsfeinden, sondern auch unumwunden zuzugeben, welche schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fehler das herrschende System gemacht hatte. Auf diesem Hintergrund vollzog sich die Machtübernahme des nach dem XX. Parteitag rehabilitierten Gomulka sozusagen reibungslos. Belastungen des Verhältnisses zur Sowjetunion und zu den im Lande stehenden sowjetischen Truppen wurden taktisch geschickt ausgeglichen, und soviel man bis heute erkennt, verspricht die Warschauer Methode durchaus, das Regime Gomulkas zu festigen.

Für Ungarn lagen die Verhältnisse prinzipiell ähnlich, aber ungünstiger, insbesondere unter wirtschaftlichem Blickwinkel. Dennoch, und trotz des offensichtlichen politischen Bankerotts der Rakosi und Hegedüs, demonstrierte die Bevölkerung genau wie in Polen nicht etwa für eine Rückkehr zu endgültig für Ungarn vergangenen Einrichtungen, Zuständen und Ordnungen, sondern für Behebung ökonomischer Mängel, für Erhöhung des Lebensstandards, gegen soziale Fehler, gegen überwuchernde Bürokratie, Gesetzlosigkeiten und mechanische Wiederholung sowjetischer Muster unter den ganz andersartigen ungarischen Gegebenheiten. Die Sowjets waren anfänglich auch hier bereit, weitgehende Zugeständnisse im Sinne der Beschlüsse ihres XX. Parteikongresses zu tolerieren. Schon hatten sie zugestanden, die Machtergreifung des Nationalkommunismus anzuerkennen. Nicht einmal die blutigen Ausschreitungen gegen die AVO, die politische Geheimpolizei, und auch nicht der Übergang von Heeresteilen zu den Demonstranten waren entscheidend für das aktive Eingreifen der sowjetischen Besatzungstruppen: hier zeigte sich Imre Nagy — rehabilitiert und wieder zur Macht berufen wie Gomulka in Warschau — den Aufgaben und Pflichten seiner geschichtlichen Stunde nicht gewachsen. Er steuerte nicht, sondern ließ sich von den höher und höher schlagenden Wellen treiben und von unrealisierbaren Forderungen bestimmen. Der wohl entscheidende Wendepunkt war dann die Ankündigung Imre Nagys vom 1. November, Ungarn werde sofort aus dem Warschauer Pakt austreten. Hier zeigte sich der Übergang vom Möglichen zur Selbstverblendung und zum Chaos. So läßt sich eine Weltmacht wie die Sowjetunion aus dem Vorfelde ihrer strategischen Position nicht ausmanövrieren und erst recht nicht vertreiben. Die billige propagandistische Ermunterung zum weiteren Ausharren und zum Kampf gegen die Sowjets, die aus dem Auslande kam, wirkte sich verheerend aus.

Es kann bei dieser Untersuchung nicht um Einzelheiten gehen, so tragisch sie auch sein mögen. Es geht hier um die Gesamtsituation, und die stellt sich so dar: Die ungarische Tragödie, das herzzerreißende Leid Ungezählter sind eine unbarmherzige Quittung für das Versagen Imre Nagys, für die Fehler des Rakosi-Regimes, aber auch für die oft verantwortungslosen propagandistischen Aktionen aus dem Ausland. Die Sowjets griffen erst ein, als der auf ihrem Parteitag beschlossene Kurs und auch die im Warschauer Vertrag fixierten strategischen Positionen ins Wanken gerieten. Es fragt sich, ob die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte im Falle eines Putschversuches nicht

ebenfalls in Aktion getreten wären — mit oder ohne Anruf der Bundesregierung —, allein schon, um die strategischen Positionen zu halten.

Wie immer man auch über Ungarn denken mag — eines ist eindeutig: In Moskau ist man nicht willens, politische und strategische Positionen einseitig aufzugeben, ganz gewiß nicht unter gewaltsamem Druck von irgendeiner Seite. Je eher aber die sowjetische Furcht vor der Paktomanie des Westens nachläßt, je eher auch bei uns weitere Anstrengungen zur allmählichen Auflösung der Militärallianzen getroffen werden, desto schneller und bereitwilliger wird Moskau den osteuropäischen Staaten ein wachsendes Maß an Unabhängigkeit gewähren.

Um den unterschiedlichen Ablauf der jüngsten Ereignisse in Polen und Ungarn aus der politischen Grundhaltung beider Völker zu begreifen, sind noch einige psychologische Momente zu berücksichtigen. Was jeden Polen noch heute bis in die Tiefe seiner Gefühlswelt beherrscht, sind die grausamen Erlebnisse mit der deutschen Armee. Die Systematik der Zerstörung Warschaus z. B. ist unauslöschlich in die Herzen der Polen eingegraben. In der wiederaufgebauten Stadt mahnen Hunderte von Gedenkstätten an hier stattgefundene größere Exekutionen. Sie halten den Schrecken ständig lebendig. In Gesprächen mit polnischen Menschen hört man immer wieder, daß sie bereit sind, den Deutschen zu verzeihen, jedoch nichts zu vergessen. Dies macht verständlich, daß die Polen sich trotz alter Ressentiments gegen die Russen doch an sie anlehnen, zumal das hartnäckige Streben maßgeblicher Kreise der Bundesrepublik nach schneller Wiederaufrüstung bei den Polen erklärbare psychotische Angstkomplexe auslöst. So ist Polens Ablehnung gegen die deutsche Wiederbewaffnung erstaunlich einmütig.

Noch ein zweiter Komplex kommt hinzu. Es ist die grundsätzlich verschiedene Haltung der einflußreichen katholischen Kirchen Polens und Ungarns zu den Verhältnissen im sozialen und ökonomischen Bereich. In der katholischen Laienbewegung — als Pax-Bewegung bekannt — verfügt die Kirche Polens über ein aktives politisches Element. Von ihr wird die Notwendigkeit eines sozialen Strukturwandels anerkannt und das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß es in der Vergangenheit ein arges Versäumnis der Kirche war, nicht stärker für soziale Gerechtigkeit eingetreten zu sein, sondern es den Kommunisten vorbehalten blieb, das sozial ungerechte System anzugehen. So wird verständlich, daß restaurative Kräfte in Polen keine wesentliche Hilfe bei der katholischen Kirche fanden, und daß es hier im Gegensatz zu Ungarn während der Entstalinisierung zu keinem massiven Versuch der Restauration kam. In diesem Zusammenhang sind die neuen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche wichtig. Die Kirche erkennt das sozial-ökonomische Bestreben des Staates an und erhält das Recht freierer Betätigung im geistig-religiösen Raum. Polen, das darf festgestellt werden, führt die Liberalisierung behutsam und unter Berücksichtigung gegebener Möglichkeiten durch.

Anders in Ungarn. Bisher hat sich die oberste katholische Kirchenführung dieses Landes offensichtlich noch nicht zu der Ansicht durchgerungen, daß der Strukturwandel im sozialen Bereich geboten ist. Das wird durch die Forderung des Kardinals Mindszenty nach den früheren Besitzverhältnissen bestätigt. Die große Zahl derer, die in den vergangenen zehn Jahren ihrer früheren oftmals übertriebenen Vorrechte beraubt wurden und zum Teil außer Landes gingen, hatten begreiflicherweise ein empfindliches Ohr für die Konsequenzen, die sich in einer entspannten Weltsituation für ihre eigenen Hoffnungen nach Restauration ergaben. Sie sahen in der schwachen Zwischenphase des bestehenden Systems eine günstig erscheinende Möglichkeit.

III.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn, aber nicht minder die im östlichen Mittelmeer, scheinen zu einer neuen Verhärtung im Gefüge der beiderseitigen Macht- und Militärblöcke geführt zu haben. Stärker als lange zuvor herrscht wieder Mißtrauen gegeneinander, die mühsam in Gang gebrachte Annäherung zwischen den beiden Weltmächten scheint in Frage gestellt zu sein — wie sollte sich da eine Politik orientieren, die den Interessen unseres Volkes dient?

Die Bundesregierung hat aus den Geschehnissen in Ungarn den Schluß gezogen, das Gerede von einer friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion sei nun ein für allemal vorbei. An der Donau habe die Sowjetunion endgültig ihre Maske fallen lassen. Die Vorgänge bewiesen geradezu die Richtigkeit der Militärbündnis- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung. Diese Politik gelte es entschieden weiter zu verfolgen.

Leider berechtigt eine solche Haltung nicht zu dem Vertrauen, daß die Bundesregierung die echten Möglichkeiten der sich anbahnenden Entspannung zwischen Amerika und Rußland erkennen will und bereit ist, die notwendigen Schritte für eine Neuorientierung unserer Politik zu tun. Die Vereinigten Staaten haben sichtbar begonnen, ihre bisherige Politik zu ändern. Unsere Regierung aber beharrt nach wie vor auf den Vorstellungen des Jahres 1950. Sowohl Moskau als auch Washington streben merklich zurück nach Genf, das heißt zur Lösung der internationalen Konflikte durch politische Verhandlungen. Dies allein kann die Menschheit vor der Katastrophe bewahren.

Im Atomzeitalter gibt es für Deutschland wie für jedes andere Land und Volk nur noch eine einzige politische Methode, nämlich die, alles zu tun, was die Spannungen beseitigt, Vertrauen schafft, die Annäherung zwischen den Staaten fördert, kurz: d i e d e m F r i e d e n d i e n t.

Man dient jedoch dem Frieden nicht durch sichtlich unwahre Behauptungen, die Ära der friedlichen Koexistenz sei nun unwiderruflich zu Ende. Man trägt nicht zu dem eingeleiteten Abbau der Spannungen bei, indem man als Konsequenz der versuchten Erhebung Ungarns verkündet, gegen ein gleiches Schicksal sichere nur Bewaffnung, Aufrüstung und ein starres Festhalten an Militärallianzen. Man wirbt nicht um Vertrauen bei anderen und erst recht nicht bei dem von uns noch immer abgespaltenen Teile unseres eigenen Volkes, wenn künstlich geschaffene Klüfte vertieft und unnatürliche Frontbildungen gewaltsam verhärtet werden. Man schafft keine Spannungen, Fehler und Irrtümer aus der Welt durch das Auftürmen neuer.

Nachdem die NATO nicht zuletzt wegen der Handlungen Englands und Frankreichs eine tiefe Krise durchmacht, dürfte es jetzt darauf ankommen, die Paktsysteme vergangener Jahre und die Art der zwischenstaatlichen Beziehungen zu überprüfen. Durch die Intervention im Nahen Osten und die grobe Verletzung der Satzungen der UN und des geltenden Völkerrechts durch zwei NATO-Mitglieder, bietet sich jetzt die Möglichkeit an, unser Verhältnis zu NATO und WEU auf eine zeitgemäße Grundlage zu stellen.

Ist es nicht auch widerspruchsvoll, zu erklären, die Spaltung Deutschlands gefährde den Frieden, und gleichzeitig die Festigung der Militärpakte zu erstreben? Die NATO-Bindung der Bundesrepublik verhindert ja gerade die Wiedervereinigung. Wenn wir den Frieden sichern und die Einigung vollziehen wollen, so erfordert dies die Lösung der Bundesrepublik von der Paktpolitik.

Es ist wahrlich gut, daß auch hier die Dinge noch oder schon wieder im Flusse sind. Gerade bei der sehr labilen internationalen Lage kann und sollte sich eine wirklich dem Volke verantwortlich fühlende Politik auf die Lösung ungelöster Fragen konzentrieren, auf Gespräche und friedliches Verhandeln statt auf Rüsten, auf ein Lockern verkrampfter Fronten und nicht auf eine weitere Zementierung militärischer Pakte. Wenn man hierzulande den Warschauer Pakt als bedenklich und bedrohlich ansieht, so mindert man seine Gefahren doch nicht durch die Festigung der NATO seines erstgeborenen Gegenstücks, sondern allein durch aktive Mitwirkung an der möglichen Abänderung und schließlichen Überwindung beider Verträge als Instrumente reiner Militär- und Machtpolitik. Und wenn man in Bonn die Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Ostpaktsystem vor allem wegen der Erschwerung einer friedlichen Wiedervereinigung wortreich bedauert: kommt man ihr auch nur um einen Schritt näher, indem man sich um so verbissener an den NATO-Pakt klammert? Auch hier ist nur ein klares Nein als Antwort möglich. Unser Anliegen der Wiedervereinigung ist mit dem Schicksal der Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden großen Mächten und mit der Gewährleistung von umfassenden Sicherheitsgarantien verbunden und zu lösen.

Dann aber ist es höchste Zeit für die Neuorientierung der deutschen Politik. Beharrungsvermögen ist gewiß lobenswert und oftmals nützlich, aber niemals politischer Weisheit letzter Schluß und allzu häufig nur ein Mittel zur Tarnung von Ideen- und Entschlußlosigkeit. Die neuen Wege jedoch verlangen gebieterisch klare Konzeptionen und verantwortungsfreudigen Mut, allein schon, um das Volk zu vertrauensvoller Unterstützung zu gewinnen.

Oder sollte man in Bonn gar meinen, über alle diese entscheidenden Voraussetzungen für Wiedervereinigung Deutschlands, europäische Sicherheit und Frieden der Welt in ausreichendem Maße zu verfügen? Wenn ja — dann wäre das der größte und folgenschwerste Irrtum unserer verantwortlichen Politiker.

Zu gleicher Zeit . . .

Zu gleicher Zeit, als die Menschen in unseren Großstädten Schlange standen, um sich für die Verwundeten der ungarischen Revolution Blut abzapfen zu lassen, erzählte eine junge Chemikerin von einer berühmten süddeutschen Universitätsklinik, sie habe sich wenige Tage vorher vergebens bemüht, unter den registrierten Blutspendern der Stadt gratis zwei Liter Blut für zwei todkranke Bluter auf ihrer Station aufzutreiben, die von ihren Krankenkassen längst ausgesteuert sind und die fünfzig Mark, die eine Transfusion kostet, nicht mehr bezahlen können.

Zu gleicher Zeit, als die groß aufgemachten Nachrichten aus Ungarn und die weniger groß aufgemachten aus Ägypten die jungen Söhne unseres Volkes demonstrierend und anklagend auf die Straße trieben, boten ihre Mütter zu Hunderttausenden das abstoßende Schauspiel rauschhafter Selbstsucht und raffgieriger Torheit. („Wie, im Nahen Osten sollen die Ölleitungen gesprengt werden? Dann muß ich sofort zwanzig Kanister Speiseöl einholen!")

Und zu gleicher Zeit, als Millionen Menschen unseres Volkes in Westdeutschland nach Jahren satten Schlummers wieder zumindest für Stunden zum Bewußtsein des Friedens und seiner wunderbaren, opferwürdigen Größe erwachten, gaben zwei namhafte gewählte Vertreter dieses Volkes vor aller Welt erschreckende Worte von sich: der eine jonglierte in intellektueller Perversion mit der Apokalypse des Bruderkrieges in Deutschland, und der andere tobte sich in einen Anfall von Cäsarenwahn hinein, indem er so tat, als sei es technisch möglich, ein Land, das fast hundertmal größer ist als die Bundesrepublik und das nach modernen Maßen in deren unmittelbarer Nähe liegt, von der Landkarte verschwinden zu lassen, ohne daß Deutschland für immer mitverschwände.

Es waren Tage, in denen zusammen mit viel Hilfsbereitschaft, Besinnung und Würde auch eine Menge von Materialismus, Neurose und Selbstüberhebung sichtbar wurde. Vor sieben Jahren wären die guten Eindrücke noch klar in der Mehrheit gewesen. Muß man da nicht fragen: Wie soll es erst nach weiteren sieben Jahren aussehen, wenn es mit unserer Moral so weitergeht?

Und die Gründe —?

Ich beobachtete in unserer Stadt folgendes:

Ein Kind stand auf dem Gehsteig und sah zu, wie gegenüber ein Haus gebaut wurde. Eben lieferte ein Lastzug Kies an und versperrte für einige Minuten die Straße. Da kam ein Personenwagen daher, und weil er nicht durchfahren konnte, bog er einfach auf den Gehsteig aus und stieß das Kind um.

Es war aber kein Ami . . .

Johannes Weidenheim

Dr. Helmut Dörr

Über die Ereignisse in Polen und Ungarn

Betrachtungen und Schlußfolgerungen

I.

Wahres und Falsches, Behauptungen, Gerüchte, propagandistische Übertreibungen und Aussparungen, das alles und noch viel mehr war in den vergangenen Wochen zu entdecken, wenn Presse und Rundfunk sich mit den Vorgängen in Polen und Ungarn befaßten. Besonders bei der Berichterstattung über das ungarische Geschehen stand oftmals noch der Kalte Krieg vergangener Jahre Pate.

Es wäre leichtfertig und müßte zwangsläufig zu unrichtigen Urteilen führen, wollte man die jüngsten Ereignisse in beiden Ländern ohne Einordnung in weltpolitische Zusammenhänge und auch nur ohne Berücksichtigung der Geschichte Polens und Ungarns seit dem Kriege werten. Gerade deutscherseits sind Einseitigkeit und Subjektivität fehl am Platze, die von Gefühlsmomenten und Wunschträumen ausgehen. Deshalb soll hier versucht werden, aus Vorgeschichte, Auslösungsmomenten und Hintergründen Folgerungen für künftiges politisches Verhalten zu ziehen. Denn wenn auch an Weichsel und Donau die Dinge noch durchaus im Werden sind und manche Einzelheit noch keineswegs sicher zu beurteilen ist oder in größere Zusammenhänge eingeordnet werden kann: vom Grundsätzlichen her ist eine Stellungnahme schon sehr wohl möglich — und angebracht.

Dr. Heinz Sitta

Der Katholik und der moderne Krieg

I.

Der christliche Glaube ist zunächst die Botschaft von der Erlösung des sündigen Menschen durch die Gnade Gottes und durch den Opfertod des menschgewordenen Gottessohnes. Darüber hinaus soll er im Menschen den Boden für die Wirksamkeit der Gnade schaffen und ihn dazu anleiten, sein ganzes Sein und Wirken auf den Schöpfer und Erhalter des Daseins hin zu ordnen. So enthält der christliche Glaube eine Fülle von Regeln, die dem Menschen als Normen seiner Lebensgestaltung und als Richtpunkte seines Weges durch diese Welt von Gott geoffenbart sind.

Politik ist Gestaltung menschlichen Gemeinschaftslebens, daher stets ein Tun und Verhalten von Menschen — nicht etwa eine durch die Natur festgelegte Entwicklung, der man sich nur anzupassen habe, ohne sie beeinflussen zu können. Daher ist der Mensch auch in seinem politischen Wirken dem Schöpfer verantwortlich und hat die von ihm verkündeten Gebote zu beachten. Es muß somit eine christliche Politik ebenso geben wie ein christliches Ehe- und Familienleben oder eine christliche Erziehung, und zwar besteht sie in der Anwendung der christlichen Grundsätze auf das menschliche Gemeinschaftsleben und im Versuch, den Glauben in einem bestimmten Lebensbereich (Gemeinde, Land, Staat) zu verwirklichen. Dabei handelt es sich um keine unzulässige Grenzüberschreitung, auch nicht um ein besonderes Merkmal christlichen Lebens — vielmehr ist es immer so, daß das Handeln des Menschen letztlich bestimmt wird durch das, was er glaubt. Jedem Tun geht eine Entscheidung voraus, die sich aus einer bestimmten Haltung gegenüber der Wirklichkeit ergibt, aus der „Weltanschauung", aus den Vorstellungen, die ein Mensch vom Wesen der Welt und vom Ursprung und Ziel des menschlichen Lebens hat.

S u b j e k t der politischen Entscheidung ist immer der einzelne Mensch, ob Staatsmann oder einfacher Bürger, und die Verantwortung für das, was im öffentlichen Leben geschieht, trägt vor Gott kein „Staat" und keine „Partei", sondern der Mensch, der im Zusammenschluß mit anderen diese Verbände bildet. Als Glied von Staat und Gesellschaft ist aber der Mensch auch das eigentliche O b j e k t jeder politischen Tat, deren Folgen er persönlich erlebt und erleidet. Politik ist also eine Reihe von Handlungen, die von Menschen gesetzt werden und sich auf Menschen auswirken; daher ist sie letztlich an das Gesetz der Liebe, an die Grundregel aller menschlichen Beziehungen, gebunden.

II.

Es erhebt sich die Frage nach der Anwendung dieses Grundsatzes auf die konkreten Probleme unserer Zeit und besonders auf das der Erlaubtheit von Krieg und Rüstung. Verbietet uns die Liebe, wie Christus sie lehrt, jeden gewaltsamen Widerstand? Erlaubt sie ihn unter gewissen Voraussetzungen oder kann sie ihn sogar als sittlich gebotene Pflicht erklären? Sind nationale Unabhängigkeit, Kultur und Glaubensfreiheit Werte, deren Verteidigung selbst einen totalen Krieg rechtfertigen würde? Der Katholik, der sein Gewissen zu bilden sucht, um in dieser Frage eine klare Entscheidung finden zu können, wird nach der Heiligen Schrift greifen, er wird aber auch zum höchsten Lehramt der Kirche blicken und dort Hilfe für das rechte Verständnis des Gotteswortes suchen. Nun gibt es zwar keine dogmatisch festgelegte und deshalb absolut bindende kirchliche Lehre vom Krieg, so daß der einzelne Katholik in dieser Frage weithin auf den Spruch seines eigenen Gewissens angewiesen bleibt, der sich aus dem ehrlichen Ringen um die Erkenntnis des göttlichen Willens und aus der kritischen Prüfung der jeweiligen Tatsachen ergeben muß. Aber im Laufe ihrer Geschichte hat die katholische Kirche doch auch zur Frage des Krieges gewisse Grundsätze gefunden, die von der überwiegenden Mehrheit der Theologen als richtig anerkannt werden und deshalb mit einigem Recht als d i e Lehre der Kirche betrachtet werden dürfen. Von ihnen wird auch der Laie bei seiner Urteilsbildung ausgehen müssen.

Die Möglichkeit eines gerechten Krieges, der erlaubt und sogar geboten sein kann, ist in der katholischen Kirche fast immer bejaht worden; sie wurde allerdings stets von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht, ohne die ein Krieg seinen Rechtscharakter verlieren würde. Erlaubter Grund des Krieges darf nur der notwendige Schutz

der Gerechtigkeit sein, deren Verteidigung oder Wiederherstellung ja zu den Pflichten des Staates und seiner Bürger gehört. Nicht jeder Rechtsbruch aber erlaubt sofort den Einsatz von Waffengewalt. Es ist erforderlich, daß zunächst alle Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung erschöpft worden sind. Selbst wenn das zu keinem Erfolg geführt hat, ist der Krieg nur dann erlaubt, wenn das gefährdete Gut so bedeutend ist, daß die Leiden und Opfer, die zu seiner Verteidigung gebracht werden, gerechtfertigt erscheinen; auch muß die Aussicht auf einen Erfolg gegeben sein. Nicht minder wichtig als das Ziel ist die Art der Kriegführung: nur wer am Rechtsbruch aktiv beteiligt ist, darf bekämpft werden. Dazu sind zwar alle zu zählen, die als Soldaten — mit oder ohne ihr Wissen — für das Unrecht kämpfen oder dafür die Mittel bereitstellen, aber nicht die am Kriege Unbeteiligten, die Frauen, Kinder und Greise. Wird die Zivilbevölkerung absichtlich angegriffen, um die Widerstandskraft des feindlichen Staates zu brechen, so ist das unsittlich und macht den Krieg ungerecht. Im ungerechten Krieg aber ist jede Tötung unerlaubt und daher Mord.

Bei der Aufrüstung der Bundesrepublik geht es heute darum, sich auf die Abwehr eines möglichen Angriffs aus dem Osten vorzubereiten. Ein Verteidigungskrieg gegen die Sowjetunion wäre von seinem Grund her sicher gerecht. Könnte er es aber auch nach der Art seiner Durchführung sein? Ein Atomkrieg mit seinen unabsehbaren Folgen für die Zivilbevölkerung wäre zweifellos unsittlich. Auch der gute Zweck erlaubt kein schlechtes Mittel. Zu diesem Urteil genügen die bisher erarbeiteten Prinzipien katholischer Kriegsmoral, die den totalen (unterschiedslos gegen Kämpfende und Nichtkämpfende gerichteten) Krieg verwerfen, auch wenn das oberste Lehramt der Kirche den ABC-Krieg noch nicht ausdrücklich verurteilt hat. Immerhin hat Papst Pius XII. in einer Ansprache an Militärärzte am 19. Oktober 1953 die Frage, „ob ein Krieg schlechthin notwendig werden kann, um sich gegen einen ABC-Krieg zu verteidigen", nur gestellt und für ihre Beantwortung auf die Prinzipien verwiesen, „die heute entscheiden, ob ein Krieg überhaupt zu rechtfertigen ist". Die in der gleichen Ansprache aufgeworfene Frage, ob der Arzt „sein Wissen und seine Tätigkeit in den Dienst des ABC-Krieges stellen" dürfe, wurde nach der Übersetzung der angesehenen katholischen Zeitschrift „Herder-Korrespondenz" (Dezember 1953, S. 127) mit dem Hinweise beantwortet, der Arzt dürfe niemals die „Ungerechtigkeit" unterstützen, „auch nicht im Dienste seines eigenen Landes; und da diese Art Krieg eine Ungerechtigkeit darstellt, darf der Arzt nicht mitarbeiten". Daraus ergäbe sich klar die Ungerechtigkeit jedes ABC-Krieges. Allerdings wird in der etwas später „mit kirchlicher Druckerlaubnis" und „nach den im Vatikan angefertigten amtlichen Übersetzungen" herausgegebenen Veröffentlichung der KNA („Europa und der Friede", München-Bonn 1954, S. 34) diese Stelle anders übersetzt: „Wo immer jene Art der Kriegführung als ‚Unrecht' bezeichnet werden muß, ist die Mitwirkung des Arztes auszuschließen."

Ein militärischer Angriff des Ostens auf Deutschland ist nur im Rahmen eines dritten Weltkrieges denkbar, da die Atlantikmächte niemals die geographische Mitte Europas der Sowjetunion überlassen würden, ein isolierter Angriff der Ostzone aber wegen ihrer äußeren und vor allem inneren Schwäche ausgeschlossen ist. Ein Weltkrieg zwischen West und Ost würde jedoch als Atomkrieg geführt und könnte nur also solcher vom Westen gewonnen werden, wie die Äußerungen führender Militärs hinreichend belegen. Nach Berichten der „Nordwest-Zeitung" vom 10./11. Mai 1956 und der „Oldenburgischen Volkszeitung" vom 11. Mai 1956 erklärte General Gruenther am 9. Mai in Bonn, „der deutsche Beitrag sei notwendig, um in einem Ernstfall den gesamten Vorteil der Atomwaffen ausnutzen zu können". „Während im letzten Krieg Feldzüge so geplant worden seien, daß man die Landstreitkräfte sorgfältig einsetzte und sie dann durch Luft- und Bodenwaffen unterstützte, drehe sich die heutige strategische Konzeption um die maximale Ausnutzung neuer Waffen, besonders der Atomwaffen. Man könne fast sagen, daß die Landstreitkräfte diese Waffen unterstützten." Schon ein Jahr vorher hatte Gruenther in Bonn der deutschen Presse mitgeteilt, „der jetzige Plan der NATO sei, durch die Kombination von Luft- und Landstreitkräften den Gegner zur Konzentration zu zwingen und dann mit atomaren Waffen zu bekämpfen" („Münsterländische Tageszeitung", 27. Mai 1955). Auch sein Nachfolger, General Norstad, forderte: „Es sollen Streitkräfte unterhalten werden, die sich in erster Linie auf die atomaren Luftstreitkräfte stützen" („Münsterländische Tageszeitung", 11. Mai 1956). Nach solchen Äußerungen scheint es wenig angebracht, sich damit

zu beruhigen, daß auch im Zweiten Weltkriege keine Gaskampfstoffe eingesetzt worden seien. (Diese waren übrigens im Gegensatz zu den Atomwaffen international geächtet!)

Die deutsche Aufrüstung könnte im Kriegsfalle kaum das Unheil von Deutschland, dem vermutlichen Schauplatz der von General Gruenther für den Ernstfall erstrebten „Konzentration des Gegners", abwenden. Sie muß aber als schwerwiegendes Hindernis einer friedlichen Lösung der schwebenden Probleme betrachtet werden. Die blutig niedergekämpften ungarischen Befreiungsversuche haben ebenso wie das verfehlte Eingreifen Englands und Frankreichs in Ägypten gezeigt, daß der status quo durch Gewaltmittel nicht mehr geändert werden kann, wenn das Risiko eines Weltkrieges vermieden werden soll. Auch die Stimmen, die immer wieder gegen eine „Koexistenz" angehen und in den Ereignissen der vergangenen Wochen fast triumphierend eine Bestätigung ihres Mißtrauens gegen die Sowjetunion erblicken, können doch keinen anderen Ausweg angeben. Koexistenz oder Krieg — eine andere Alternative gibt es auf die Dauer nicht. Den Völkern, die östlich des Eisernen Vorhangs niedergehalten werden, kann nur ein allmähliches Nachlassen des sowjetischen Drucks die Freiheit bringen. Damit darf aber erst nach einer internationalen Entspannung gerechnet werden. Große politische Wandlungen erfordern eine günstige Atmosphäre. Der eiserne Griff, mit dem die Sowjetunion heute Osteuropa umfaßt, wird sich so lange nicht lockern, als die fast krankhafte (und durch große Worte nur unvollkommen überdeckte) Angst vor einem westlichen Angriff besteht, die durch die Erinnerung an die alliierte Invasion am Ende des Ersten Weltkrieges und an Hitlers Einfall im Zweiten Weltkriege genährt wird und wohl auch die letzte psychologische Erklärung für das brutale Vorgehen in Ungarn bietet, von dem die Sowjets ja selbst vorher hatten wissen müssen, daß es ihnen in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt schweren Schaden zufügen würde. Wenn wir uns daher bemühen, durch unsere Politik einen Beitrag zu leisten, daß die Beziehungen zwischen den beiden Machtblöcken immer mehr auf die Basis gegenseitigen Vertrauens gestellt werden, wenn wir in Wort und Tat alles unterlassen, was die Nervosität erhöhen und die Spannungen verschärfen müßte, so ist das der beste politische Dienst, den wir den Völkern Osteuropas erweisen können — und zugleich die stärkste Sicherung des Friedens, der heute am meisten dadurch bedroht wird, daß die eine Seite der anderen Angriffsabsichten unterstellt und aus einer solchen Psychose heraus — vermeintlich zur Abwehr — einen Krieg auslösen könnte, ohne ihn wirklich zu wollen.

III.

Echter Friedensdienst ist gerade für den Christen, der selbst im weltanschaulichen Gegner das Ebenbild Gottes erkennt, eine sittliche Pflicht. Es ist wahr, der Weg der Gewaltlosigkeit, der geistigen Abwehr, der unsere Antwort auf die heutige Kriegführung und Waffentechnik sein müßte, ist ein Wagnis und bringt die Gefahr der Preisgabe wertvoller Güter mit sich. Aber der Christ hat zunächst nicht zu fragen, ob es besser ist, für die Freiheit zu sterben also ohne sie zu leben, sondern, ob es erlaubt ist, für die Freiheit zu töten (und zwar auch Menschen, die unschuldig sind, selbst wenn sie dem Volk eines Aggressors angehören), oder ob Freiheit, Menschenwürde und Christentum zu hohe Werte sind, als daß man sie mit einer Verteidigung durch Massenmord beflecken dürfte. Schließlich ist das Irdische nur ein Weg, und alles kommt darauf an, daß es zum rechten Ziel führt. Nicht umsonst hat der Heiland seine Jünger mit Licht und Salz verglichen: beide werden nicht g e braucht, sondern v e r braucht; sie dienen, während sie vergehen; sie erfüllen ihren Zweck nicht, indem sie dauern wie etwa ein Werkzeug, eine Mauer, ein Haus, sondern indem sie sich auflösen; brennen und v e r brennen sind für die Kerze eins. Der Christ muß auf Erden mehr geben, weil er mehr empfangen hat, er erfüllt seine Sendung nur dadurch, daß er sie auf Kosten irdischer Güter vorlebt. Die Weisheit der Welt versagt vor den Problemen unserer Zeit. Wenn noch etwas helfen kann, so ist es der Einsatz der Liebe, die von Gott kommt. Sie, die den Christen wesensgemäße Art des Wirkens in der Welt, äußert sich auch in der Bereitschaft, auf wertvolle Güter eher zu verzichten, als sie um den Preis der Sünde festzuhalten. Will unsere Christlichkeit nicht bloße Phrase sein, so hat sie sich gerade an der heutigen Situation zu bewähren.

Reimar von Bonin, Konteradmiral a. D.

Gedanken zur deutschen Wehrpflicht und Wiederaufrüstung

Von einer Entwicklungsgeschichte des Heerwesens kann man eine solche des menschlichen Bewußtseins ableiten. Alte Bilder wie z. B. die berühmte „Alexanderschlacht" in der Münchener Pinakothek und Erzählungen zeigen uns die aufeinander zustürmenden oder miteinander ringenden Heerhaufen oder -säulen. Später kam man zur Phalanx, zur geordneten Schlachtreihe oder einer Mehrzahl davon, zur Keil-Formation der Germanen u. ä. m. Die fortschreitende Bewußtwerdung und der Einzug der Verstandskräfte in den Menschen bedingten die immer noch sachgerechtere Gliederung und Unterteilung in leitbare Untergruppen, es bildeten sich Spezialwaffen-Formationen und ähnliches heraus, und in den beiden Weltkriegen kamen wir nach bitteren Erfahrungen zur ständig weiter aufgelösten Kampfordnung bis hin zum Einmann-U-Boot und Einmann-Flugzeug, Kennzeichen für das Hineinwachsen des Menschen in das Zeitalter des einzelnen, selbstverantwortlichen Individuums, der Individualität. Die Nachkriegsentwicklung weist immer deutlicher auf das nun neu einsetzende Stadium hin, in dem der Mensch seine einstige Rolle als Kämpfer auf das Erzeugnis seines Geistes und seiner Hände überträgt: ferngelenkte Geschosse, Raketen oder Flugzeuge werden vom (vermeinlich) sicheren Port aus auf ihren verderbenbringenden Weg entsandt und ersparen dem sie auslösenden Individuum die Notwendigkeit, die Wirkung seiner Handlungen zu sehen, ins Bewußtsein aufzunehmen und als Eindruck weiter durchs Leben zu tragen. Man kann sagen, daß der Krieg nicht mehr vom Menschen geführt wird, sondern an seiner Stelle von den (durch Roboter errechneten und konstruierten) Robotern, denen er das grausige Werk überläßt.

Ein Rückblick wie dieser kann und sollte uns in der Erkenntnis bestärken, daß bereits seit längerer Zeit die Kriege aufgehört haben, geeignete Mittel zur Lösung zwischenmenschlicher Probleme zu sein, und es wäre eine gewiß nicht uninteressante Forschungsaufgabe, einmal festzusteellen, wie lange das schon der Fall ist. Vom Fortschritt der Menschheit aus betrachtet, bestätigt eine Untersuchung der beiden ersten Weltkriege diese Ansicht. Denn welche offenen Fragen hätten wohl die unsagbaren Opfer beantwortet und gelöst? Ist nicht vielmehr Zahl und Bedeutung der neu entstandenen jeweils größer und einschneidender gewesen als die der vorher vorhandenen? Und so mögen wir die Kriegsgeschichte durchblättern — das Ergebnis wird für eine geraume Dauer immer dasselbe sein, auf wirtschaftlichem, auf sozialem und kulturellem Gebiet.

Nun läßt uns die moderne Wissenschaft und die von ihr geschaffene Technik mit fast allen Orten der Erde so in Verbindung stehen, daß wir laufend alle wesentlichen Vorgänge miterleben und daß uns die organische Ganzheitlichkeit der irdischen Menschheit ständig bewußt bleibt. Wir werden, ob wollend oder nicht, zu Erdenbürgern, und zwar mit der Folge, daß das Leiden des einen dem räumlich vielleicht sehr weit entfernten anderen nicht mehr gleichgültig sein kann. Die Menschheit ist ein die Erde umspannender ganzheitlicher Organismus geworden, und ein Handeln aus überständigen Nationalegoismen heraus wäre dem Wüten eines Körpergliedes gegen den gesamten Organismus vergleichbar.

Das gilt vorzüglich in einem Zeitalter, in dem bereits in „Friedens"zeiten die Erde täglich tausendfältig gekränkt und mißhandelt wird und immer beängstigendere Krankheitssymptome aufweist und in dem den schwachen Menschengewissen die Entscheidung über den Einsatz von Kampfmitteln anvertraut ist, deren Wirkung sich selbst der Vorstellung der mit Elektronengehirnen rechnenden Wissenschaftler entzieht. Wer von uns heute Lebenden könnte da noch mit Wahrscheinlichkeit darauf zählen, eine (für seine Seite) positive Entscheidung zu überstehen?

Wenden wir unsere Blicke nun dem besonderen Falle Deutschlands und des deutschen Menschen zu, so beweist schon unsere Lage im geographischen Raume, daß uns seit eh und je die Rolle des Mittlers, des Vermittlers und des Ausgleichens zugewiesen ist.

Im Osten ist Deutschlands nächster gewaltiger Nachbar in der Gestalt des aus Traditionslosigkeit emporgestiegenen sowjetischen Menschen überzeugt von der Realität seiner (dem Westen entliehenen) Ideologie, der modernen naturwissenschaftlich-technisch-

ökonomischen Denkart und der geschichtlich wirkenden Kraft dieser Gedanken. Er lebt sie und gestaltet nach ihnen seine soziale Umwelt. Der Westen lebt — unter sozialem Blickwinkel — noch aus Lebensformen der Vergangenheit, die jedoch mehr und mehr ihres letzten Restes an lebendigem Inhalt entleert werden und zerbröckeln. Indem man sich hier klar macht, wie im Bolschewismus eine soziale Gestaltungskraft am Werke ist, die ihre Antriebe aus modernem wissenschaftlichen Denken erhält, erkennt man zugleich auch die Unmöglichkeit, eine derartige Bewegung mit herkömmlichen Mitteln oder gar mit militärischer Stärke abfangen zu wollen. Gewiß ist der Impuls, sein Tun aus Gedanken und wachem Bewußtsein zu gestalten, sehr modern, aber er führt zum Verderben, wenn nicht die nur auf dem Durchschauen materieller Gesetzmäßigkeiten beruhende Wissenschaftsgesinnung zu einer solchen erweitert wird, die auch die geistigen Bereiche einbezieht. Hier aber, gerade hier liegen auf Grund seiner besonderen Entwicklung und Begabung die Aufgaben des Mitteleuropäers. Der heute heraufziehende Kampf ist ein höchst realer Geisteskampf, und daher ist auch die soziale Frage der Zukunft ein geistiges Problem. Das muß man vor allem in Mitteleuropa begreifen.

Kommen wir schon nach einem Rückblick in die Geschichte der sog. Neuzeit zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß menschheitliche Fragen durch herkömmliche Kriege nicht mehr gelöst werden können, so leuchtet das ganz besonders im Hinblick auf die unserem Lande zugewiesene Sonderstellung ein. Unsere Mittel- und Mittlerlage verbietet es Deutschland, seine Zukunft erneut auf dem Wege der waffenmäßigen Rüstung zu suchen. Die Waage hat in Ost und West ihre beiden Schalen, und sie füllen sich sinnvoll mit dem, was ihre Menschen an geistigen und materiellen Elementen hineinlegen. Der Zeiger der Waage aber ist am Wettstreit beider Schalen nur insoweit beteiligt, als er — dem Ziel der Waage nach dem Willen ihres Schöpfers entsprechend — keinem zuliebe und keinem zuleide erkennen läßt und die „geistige Weltlage" mit Impulsen befruchten kann, nicht aber, indem er gewaltsam oder willkürlich ins Spiel der Schalen eingreift.

War es nicht wirklich von tiefstem Sinn, daß gerade jetzt, als wir vor Jahresfrist den hundertfünfzigsten Todestag Friedrich Schillers begingen, der Dichter uns aus dem Grabe mahnte?

„Das ist nicht des Deutschen Größe,
obzusiegen mit dem Schwert.
In das Geisterreich zu dringen
Vorurteile zu besiegen,
männlich mit dem Wahn zu kriegen,
das ist seines Eifers wert!"

Wenn wir als Volk außerdem das Vermächtnis der vielen Toten aus den Kriegen und von den anderen Erscheinungsformen des Egoismus nur der letzten fünfzig Jahre in uns lebendig erhielten ... ich glaube, wir sähen zumindest sehr viel deutlicher, wo die Aufgaben des deutschen Menschen für die Zukunft n i c h t liegen.

Erinnern wir uns doch! Sogar ein John Foster Dulles sagte vor fast drei Jahren, am 27. Januar 1954: „Die Zukunft wird niemals eine Zukunft des Friedens sein, wenn wir nicht neue Ideen zu seiner Verwirklichung entwickeln." Noch eine Woche vor dem Abschied Einsteins von dieser Erde mahnten uns mit ihm die sieben bedeutendsten Wissenschaftler der Zeit: „Wir müssen unser Denken in neue Bahnen leiten!" Ist das nicht so recht eigentlich eine Wiederholung der zwei Jahrtausende alten Täuferpredigt: „Ändert die Seelenverfassung, die Herzensgesinnung!" — ? Und dieser Mahnungen sind viele.

Aus Churchills Denkwürdigkeiten des zweiten Weltkrieges wissen wir, daß er es war, der am 28. November 1943 auf der Konferenz von Teheran mit Stalin und Roosevelt vorschlug, Deutschland nicht nur zu teilen, sondern „den abgeschnittenen Stücken Leben einzuhauchen und sie zufrieden zu machen, daß sie nicht mehr vom Reiche abhängen".

Nun stehen sich die beiden Machtblöcke mit den in sie eingefügten Teilen Deutschlands gegenüber, jeder mit seinen Besonderheiten, jeder mit seinen Einseitigkeiten. Könnte die Mitte eine solche soziale Gestaltung erfahren, daß sie nach dem Osten wie nach dem Westen hin heilsame Gegenkräfte in der Gestalt fruchtbarer Gedanken ausstrahlte, würde sie die beiderseitigen Einseitigkeiten lösen und verwandeln helfen, ohne damit Machtansprüche zu verbinden.

Nach Osten hin ist eine geistige Auseinandersetzung mit dem Materialismus vonnöten und unvermeidlich — denn der Gefahr von Osten her wirklichkeitsgemäß begegnen, bedeutet und verlangt eine geistige Überwindung der Grundlagen des Marxismus, eben des Materialismus. Tritt man aber dieser Gefahr auf dem falschen Felde entgegen, also etwa in der Form militärischer Blockbildungen, wird man zum Gegenschlag erst diejenigen Kräfte wachrufen, die man gerade ausschalten möchte.

Im Westen treffen wir — an Stelle des östlichen, das auf eine ideologische Suprematie gerichtet ist — auf das Streben nach einer kommerziell-industriellen Weltherrschaft. In ihm verbindet sich das anglo-amerikanische Element auch mit den Kräften einer politischen und militärischen Machtentfaltung. Ihm vor allem liegt daran, Mitteleuropa als einen militärischen Machtfaktor seiner Verteidigungsbereitschaft in das angelsächsische Wirtschaftsstreben einzugliedern. Nun ist aber gerade für die Erhaltung eines weltumspannenden wirtschaftlichen Lebens das weitere Vordringen der Rüstungswirtschaft ein schweres Hindernis, bedeutet es doch eine immer stärkere Durchdringung des Wirtschaftlichen mit staatlich-politischen Kräften. Und diese Verquickung steigert ständig die sozialen Schwierigkeiten, beschleunigt die Kollektivierungserscheinungen ökonomischer Natur und erschwert die Behauptung der Persönlichkeit. So bedürfte der Westen einer Entfaltung von Kräften sozialer Gestaltung, die näher an die echte Lösung des sozialen Problems heranführen und die Entstehung wirklich weltumspannender wirtschaftlicher Beziehungen ermöglichen können, ohne daß sich darin der Mensch als Persönlichkeit Schritt um Schritt selbst aufzugeben brauchte.

Gegenwärtig gilt leider die Feststellung, daß Mitteleuropa sich durch die Pariser Verträge für die absehbare Zukunft als eigenständiger politischer und wirtschaftlicher Organismus selber aus dem Weltgeschehen ausgeschaltet hat. Es bleibt nur zu hoffen, daß in einer Reihe seiner starken Individualitäten das Verständnis für seine wahre Aufgabe aufleuchtet und diese Persönlichkeiten sich in einer wirkenden geistigen Gemeinschaft finden.

Dr. Ernst Schwarz

Die Chance

Der dritte Weltkrieg hat nicht stattgefunden. Zunächst wenigstens noch nicht. Wenn wir uns nach jenen umsehen, die an dieser kritischen Lage schuld oder mitschuldig sein dürften, können wir selbst, so scheint es, uns doch wohl mit gutem Gewissen ausschließen. Wir sind ja nur das Aschenputtel unter den Mächten, allerdings schon wieder in schönen Kleidern. Wie sollten wir eine Schuld haben, wenn die Russen ein freiheitliebendes Volk „brutal unterdrücken" oder Franzosen und Engländer die internationale Schiffahrt durch den Suezkanal „mit Waffengewalt zu sichern bemüht" sind! Jedoch, wenn Kriegsgewölk sich zusammenbraut, wird das propagandistische Lügengewebe, zu dem die einen die Kette, die anderen den Schuß liefern, so dicht, daß man überhaupt nicht mehr durchsehen kann. Es sind dann immer „die anderen" schuld.

Über die „Schuld" einige Worte! Es gibt nicht nur einen Kampf ums Dasein im eigentlichen, physischen Sinne, es gibt auch einen Kampf ums moralische Dasein, der in der Regel mit der gleichen Härte ausgefochten wird. Die Waffe in diesem Kampf ist die Beschuldigung. Wer sie am besten zu gebrauchen versteht, bleibt Sieger. Es ist nun aber die große sittliche Leistung des Christentums, daß es auch in diesem Kampf, zumindest in diesem Kampf, Gewaltlosigkeit fordert, also eine Selbstprüfung, die zuerst an die eigene Schuld und dann erst an die der anderen denkt. Dieser Standpunkt hat allerdings bei den führenden Politikern der christlichen Völker so gut wie keine Beachtung gefunden. Der Machtkampf, d. h. der Kampf ums physische Dasein, der jedoch stets von dem Kampf ums moralische Dasein unterstützt wird, schließt diese Art von Selbstmord angeblich aus. Solange die anderen nach reinen Machtgrundsätzen handeln, will sich keiner aufs Glatteis der Moral begeben. Aber der eigentlich entscheidende Schritt zu einem friedlichen Ausgleich unter den Völkern besteht darin, im Kampf um das moralische Dasein den christlichen Standpunkt einzunehmen, also die allgemeine Schuld gerecht zu verteilen und seinen eigenen Anteil daran zu erkennen. Nur die Erkenntnis und das Bekenntnis der eigenen Schuld kann eine weitere schuldhafte Verkettung verhindern und den Weg der Befreiung erschließen.

Die eigene Schuld erkennen, heißt jedoch nicht etwa, die anderen entschuldigen. Wer in der gegenwärtigen Lage eine Schuld des Westens entdecken wollte, zieht sich sofort den Verdacht zu, für die Russen Partei zu ergreifen — als ob es nur eines von beiden gäbe, und als wenn die Schuld nicht allgemein wäre! Das Geschrei des Kampfes ums moralische Dasein läßt wahre Besinnung nur schwer aufkommen.

Wie könnten wir aber etwa eine „Schuld" an der grausamen Unterdrückung des ungarischen Volkes haben oder, besser gesagt, daran mitbeteiligt sein? Lassen wir das Moralische zunächst beiseite und beschränken wir uns einmal auf das Militärische, das ja nach schönem internationalem Brauch oft genug an die Stelle des Moralischen tritt, dann ergibt sich folgendes:

Die Russen hatten Streitkräfte in Ungarn stationiert, und das hatte im Rahmen des Warschauer Paktes zweifellos einen klaren Sinn für die UdSSR. Auf Grund der Weltlage schien ihnen die Notwendigkeit des Eingreifens gegeben, und das haben sie mit russischer Härte getan. Wir haben uns im Ersten Weltkrieg nicht um die belgische „Neutralität" gekümmert, die Engländer und Amerikaner haben in Dresden Hunderttausende auf die barbarischste Weise getötet und Atombomben auf Japan geworfen — Maßnahmen, die ebenfalls mit der militärischen Notwendigkeit begründet worden sind. Auch in der Bundesrepublik sind NATO-Truppen stationiert. Im Truppenvertrag von Paris ist die umstrittene „Notstandsklausel" zwar gestrichen worden, aber dafür hat man festgelegt: „Den Militärbefehlshabern steht sowohl nach internationalem als auch nach deutschem Recht die Befugnis zu, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung ihrer Streitkräfte die angemessenen Schutzmaßnahmen, einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt, zu ergreifen." Die Russen waren in Ungarn zweifellos nicht bedroht, wenn man hier eine Parallele ziehen will, vielleicht aber — nach ihrer Auffassung — ihre militärische Position. Aber wer pflegt das schon so genau auseinanderzuhalten. Auch den Amerikanern wäre es wohl nicht gleichgültig, wenn beispielsweise in der Bundesrepublik die Kommunisten zur Macht kämen und Westdeutschland in den Warschauer Pakt integrieren wollten: auch die Amerikaner pflegen die Staatsräson nicht der Moral unterzuordnen.

Grell beleuchtet wird die Situation durch eine Äußerung Chruschtschews auf dem Polen-Bankett (Reuterbericht in der Züricher „Tat" vom 20. November): „Wenn Ihr (die Westmächte) Eure Truppen aus Deutschland zurückzieht, werden unsere Truppen keinen Tag länger in Polen, Ungarn und Rumänien bleiben!" Nun, man mag das glauben oder nicht, jedenfalls dokumentiert das einen Zusammenhang, von dem man allerdings nicht erst durch Chruschtschew zu erfahren braucht.

Die Politik der schwächlichen Stärke — Sicherheit um jeden Preis —, die wir betrieben haben, hat das ihre zum Aufbau der Blöcke und zu den durch sie bedingten Spannungen beigetragen, als deren Folge wir auch die Vorgänge in Ungarn ansehen müssen. Die Russen hätten dort allerdings trotzdem auch eine großmütige Haltung zeigen und den Ungarn die Freiheit geben können, aber dies war schwerlich von ihnen in einem Augenblick zu erwarten, in dem große christliche Nationen des Westens sich keineswegs großmütig gezeigt haben. England und Frankreich sahen sich von dem Diktator Nasser herausgefordert, und siehe da: sie ließen sich von dem Diktator Öl die „Berechtigung" geben, dort eine „Polizeiaktion" mit der Unterstützung durch Fallschirmtruppen und Bombenflugzeuge durchzuführen! Der Gipfel der Heuchelei wurde erreicht, als die Franzosen erklärten, man müsse am Kanal bleiben, weil die Ägypter ihn blockiert hätten ... also auch hier war der Ermordete und nicht der Mörder schuld. Während aber ein erheblicher Teil der englischen Nation in einem großartigen sittlichen Affekt gegen ihre Regierung meuterte, waren wir nahe daran — da wir uns nun einmal als militärisch Verbündete fühlen —, auch als Verbündete des Unrechts zu erscheinen, ein Beispiel dafür, wie man aus Gründen der Staatsräson das Moralische mehr oder weniger zurücktreten lassen kann.

Immerhin, wir sind mit allen anderen davongekommen. Haben wir etwas daraus gelernt? In Bonn zieht man den Schluß, diese Generalprobe bestätige die Richtigkeit der bisher betriebenen Politik. Dabei richtet man den Blick auf das geknebelte Ungarn, weniger gern auf die NATO-Partner, die unsere Sicherheit am Nil aufs Spiel setzten. Den Prozeß der Entstalinisierung haben wir mit stiller Schadenfreude verfolgt, und mit Entzücken hörten wir das Krachen im sowjetischen Gebälk, ohne etwa zu besorgen, daß diese Balken uns selber erschlagen könnten. Um das zu verhindern, hätten wir uns aktiv dafür einsetzen müssen, daß dieser Prozeß keine für uns selbst und für Europa nach-

teiligen Rückschläge erfährt, die seine Initiatoren schwächen müssen. Wir haben mit allen Mitteln für einen Abbau der Spannungen zu sorgen!

Es fehlt offensichtlich am rechten Augenmaß, wenn wir uns Sicherheit von ein paar Divisionen erhoffen, und das in einer Welt, für die Atomraketen und H-Bomben das entscheidende Gewicht haben. Eine solche „Sicherheit" könnte leicht geringer sein als das mit ihr verknüpfte Risiko!

In einer solchen Lage ruht die Sicherheit weit mehr auf der politischen Entspannung. W e n n wir schon Streitkräfte aufstellen, dann aber auf einem Felde des politischen Schachbretts, auf dem sie nicht im Bereich der stärksten gegnerischen Figuren stehen oder den Gegner veranlassen, diese seine Figuren heranzuziehen. Dieses Feld dürfte kaum innerhalb der NATO zu finden sein. Statt also im Sinne des primitiven, durch die Vorgänge in Ungarn wieder neu aufgelebten Machtdenkens zu sagen: Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor, scheint es nicht nur menschlicher, sondern auch ein Gebot der Vernunft zu sein, jenen Satz umzuformen: Wer den Frieden will, übe vor allem Gerechtigkeit und leiste den Waffendienst des Gewissens! Man überlasse das Machtdenken jenen, die wirklich im Besitze der Gewalt sind und, wie sich jetzt wieder gezeigt hat, ihrer auch nicht froh werden.

Für ein solches Verhalten bietet sich gerade jetzt eine überaus günstige Gelegenheit. Die an die Großmächte adressierte Abrüstungsnote der Russen vom 17. November 1956 ist nun auch an Bonn gerichtet worden. In dieser Note wird bekanntlich unter anderem auch eine Luftinspektion über 800 km des mitteleuropäischen Raumes vorgeschlagen. Weiter wollen die Russen zunächst offenbar nicht gehen, einfach wohl deswegen nicht, weil ihre Großstädte für den in Europa stehenden Gegner im Raketenkrieg viel leichter erreichbar sind als umgekehrt für sie die amerikanischen Großstädte. Dieser Vorschlag ist also nicht sehr interessant für die Amerikaner, die danach außerdem (mit den Russen) ihre Stellungen in Europa teilweise räumen sollen, um so mehr aber für uns — die große Chance, einmal aus ureigenstem deutschen Interesse heraus etwas zu tun! Für uns und alle, die sonst noch in diesem Bereich liegen, ist die 800-km-Zone von unschätzbarem militärischem und politischem Vorteil. Wir müssen nur daran denken, daß die deutschen Städte bevorzugte und ganz besonders exponierte Ziele in einem Atomwaffen- und Raketenkrieg darstellen, der nach den Erklärungen des NATO-Oberkommandierenden Norstad unvermeidlich sein würde. Die Echtheit unserer brüderlichen Gefühle für die Ostzone und unserer menschlichen Anteilnahme an Ungarn könnten wir dadurch beweisen, daß wir nun etwas Entscheidendes tun, um aus der Feuerlinie des kalten Krieges herauszukommen. Eine Analyse der strategischen Situation, die fast ein Kind durchführen kann, ergibt, daß wir mit oder ohne eigene Divisionen alles zu verlieren und nichts zu gewinnen haben. Die Bundesregierung scheint jedoch auf der Fortführung des kalten Krieges und der Politik der Stärke beharren zu wollen; denn nichts anderes als eine Politik der Stärke im kalten Krieg ist es ja, damit zu rechnen, daß die westdeutschen Divisionen die Russen unseren Wünschen geneigt machen würden. Hilfe scheint dagegen, wieder einmal, von den USA zu kommen, wo in allerjüngster Zeit zwei so bedeutende Blätter wie die Washington Post und die New York Herald Tribune für den Gedanken der Ausklammerung eingetreten sind. „Die Drähte zwischen Bonn, Washington, Paris und London sollten rauchen!" schrieb am 4. Dezember 1956 der Manchester Guardian, der die deutsche Wiedervereinigung dringlicher als je nennt. Bonn hat also das Wort, und es kann diesmal zum mindesten nicht sagen, daß der Unabhängigkeitsgedanke nur in den beschränkten Köpfen der Opposition spuke.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärische Feststellungen und Folgerungen

Zur Suez-Krise

Für das Folgende wird weder der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, noch soll auf die völkerrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Erwägungen zur Suez-Krise eingegangen werden, die ja in der Tagespresse und in den Zeitschriften genügend berücksichtigt wurden.

1. Der israelisch-ägyptische Präventivkrieg

Den erwünschten, sicherlich sogar verabredeten Anlaß für die schon längst geplante und vorbereitete britisch-französische militärische Intervention gegen Ägypten bot der Präventivkrieg Israels, den die Israelis in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober 1956 auf der zu Ägypten gehörigen Sinai-Halbinsel entfesselten, nach einem groß angelegten Kriegsplan, der in die Hand des ägyptischen Nachrichtendienstes geriet.

Nach diesem Plan wollte der israelische Oberbefehlshaber und gleichzeitige Generalstabschef, General Moshe Dajan, auf den drei Kriegsschauplätzen Ägypten, Jordanien und Syrien operieren. Syrien sollte von der 2. israelischen Armee angegriffen werden, deren Stärke mit 12 Brigaden, etwa 47 000 Mann, angegeben wird. Als Operationsziel war ihr Damaskus, die syrische Hauptstadt, bestimmt, die acht Tage nach Kriegsbeginn erreicht sein sollte. Demgegenüber standen, nach ägyptischen Angaben, auf syrischer Seite eine Panzerbrigade, z. T. mit sowjetischen Panzern ausgerüstet, und drei aktive Infanteriebrigaden zu je 3000 Mann. Syrien hatte gerade teilmobilisiert, so daß bei Kriegsbeginn etwa drei Brigaden kriegsbereit waren, ebenso die Panzerbrigade. Der Rest konnte erst binnen zweier Wochen kriegsbereit gemacht werden, so daß endgültig ungefähr 35 000 syrische Soldaten den Israelis gegenüberstehen würden.

Gegen Jordanien mit dem Operationsziel Jerusalemer Tasche (in der Nähe von Jerusalem an der engsten Stelle Israels, wo Jordanien bis auf 30 km an das Mittelmeer heranreicht) war die 1. israelische Armee mit neun Brigaden, etwa 35 000 Mann, angesetzt. Ihr gegenüber stand die Arabische Legion, die bis vor einem halben Jahre der englische General Glubb-Pascha führte, und die neue jordanische Armee, im ganzen sechs Brigaden zu je 3300 Mann. Im Gegensatz zur Legion wurde der Kampfwert der jordanischen Armee im Hinblick auf die turbulenten politischen Verhältnisse des Landes als zweifelhaft angesehen.

Zusammengefaßt in der 3. israelischen Armee mit 6—9 Brigaden in einer Gesamtstärke von rd. 25 000 Mann, steht die operative Reserve des israelischen Oberbefehlshabers hinter der 1. Armee.

Als stärkste Armee Israels galt die 4. Armee, die gegen Ägypten operieren sollte, zunächst auf der Sinai-Halbinsel und danach gegen den Suez-Kanal. Sie bestand aus 22—25 Brigaden mit insgesamt 90 000—100 000 Mann und wurde vom Gros der israelischen Luftwaffe unterstützt. Ihr gegenüber wollte Ägypten einsetzen: 3 Panzerbrigaden zu je 4000 Mann, 40 britischen Centurion-Panzern und 120 Panzern sowjetischer Herkunft, darunter einige vom Typ Stalin III, dazu 3 Infanteriedivisionen zu je 12 000 Mann, zu denen nach durchgeführter Mobilmachung noch 3 Infanterie-Reservedivisionen treten sollten. Außerdem verfügte Ägypten an Luftstreitkräften über 4 Staffeln (insgesamt 80) älterer Düsenjäger britischer Herkunft und 6 Staffeln (zusammen 110) sowjetischer MIG-15-Jäger, endlich über 4 Bomberstaffeln mit 70 leichten sowjetischen Maschinen. An Kriegsschiffen besaß Ägypten 2 moderne Zerstörer und eine Reihe kleinerer Fahrzeuge wie Korvetten und bewaffnete Prähme.

Der israelische Kriegsplan sah vor, zuerst gegen Jordanien und Syrien anzutreten und erst nach einer Woche Kriegsdauer an der ägyptischen Front anzugreifen. Als aber der Kriegseintritt Englands und Frankreichs sicher war, entschloß sich das israelische Oberkommando, den Ring seiner arabischen Feinde zunächst gegen Ägypten auf der Sinai-Halbinsel aufzubrechen.

Schon in den Morgenstunden des 30. Oktober standen israelische Truppen nur noch 30 km vor Suez. Sie überrannten im Grenzgebiet die ägyptischen Stellungen bei Kuntilla, 64 km nördlich von Akaba, und stießen unter Umgehung der von den Ägyptern befestigten Oasen durch das Wüstengebiet der Halbinsel auf den Straßenknotenpunkt Nachi

(125 km nordwestlich von Akaba) vor. Bei Kuntilla, Thamad und Nachi wurden sie durch ägyptischen Widerstand einigermaßen zum Stehen gebracht. Andere Einheiten der 4. israelischen Armee unter General Moshe Dajan riegelten auch den Gaza-Streifen ab und zwangen die dort stehende ägyptische Panzergruppe zur Kapitulation. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang, daß Frankreich durch vorbereitende Generalstabsbesprechungen in Paris und durch den Einsatz französischer Jagdbomber auf der Sinai-Halbinsel Israel offen unterstützte.

Der örtliche militärische Erfolg verführte die israelische Regierung zu übertriebenen politischen Forderungen: die ganze Halbinsel Sinai und die beiden Inseln Senaphir und Tiran im Golf von Akaba nicht mehr herauszugeben und den Waffenstillstandsvertrag von 1949 als nicht mehr existent zu betrachten. Aber schon am 7. November trafen in Tel-Aviv Botschaften Eisenhowers und des UNO-Generalsekretärs ein, die Israel energisch aufforderten, seine Truppen aus dem besetzten Teil Ägyptens zurückzuziehen, und am Tage darauf teilte das israelische Außenministerium nach New York mit, Israel werde seine Streitkräfte „nach dem Abschluß befriedigender Vereinbarungen über die Stationierung der geplanten internationalen Polizeitruppe aus Ägypten zurücknehmen".

So hatte Israel, ein Staat von noch nicht 2 Millionen Einwohnern in einer feindlichen Umwelt von 30 Millionen Arabern, weder seine militärischen Absichten verwirklicht noch sein politisches Ziel erreicht. Die Palästina-Krise, eins der entscheidenden Elemente in der Nahost-Krise, schwelt weiter, und die inneren Unruhen im anrainenden Arabertum Jordaniens und Syriens, wo sowjetische Waffenlieferungen die Kriegsgefahr erhöhen, lassen neue Explosionen befürchten.

2. Die militärische Suez-Intervention

Seitdem Nasser am 23. Juli 1956 den Suez-Kanal verstaatlicht hatte, betrieben England und Frankreich zunächst mit den politischen Mitteln dreier Londoner Suez-Konferenzen und der Anrufung des Weltsicherheitsrates die Rückgängigmachung dieser Maßnahme, die nach dem Vertrag der Suez-Interessenten erst für 1968 vorgesehen war. Man forderte dabei die Internationalisierung, d. h. praktisch die finanzielle Ausnutzung dieser Weltverkehrsstraße durch England und Frankreich, weil nur so die freie Durchfahrt gesichert sei. Dabei hatte Ägypten trotz des französischerseits angezettelten Lotsenboykotts in der Zwischenzeit bewiesen, daß es gleichermaßen willens und imstande war, die freie Schiffahrt durch den Kanal zu sichern. Weder für den deutschen Nord-Ostsee-Kanal zur Zeit des Diktators Hitler noch für die Dardanellen in der Ära des Diktators Kamal Atatürk Ghasi hatten London und Paris jemals ähnliche Forderungen gestellt, wie man sie nun gegenüber dem Diktator Nasser für angebracht hielt. Auch den alten Anspruch auf Beherrschung des Suez-Kanals zur Sicherung des Weges nach der Kronkolonie Indien konnte Großbritannien nicht mehr erheben, seitdem Indien selbständig geworden war. Das wirkliche englische Ziel war die militärische Wiederbesetzung der Kanalzone, die es im September 1956 unter dem Druck der erstarkenden ägyptischen Freiheitsbewegung hatte räumen müssen. Und Frankreichs wahre Absicht war die Beseitigung Nassers als Haupt der arabischen Selbständigkeitsbestrebungen, mit denen die Franzosen in ihrem zerfallenden Kolonialreich weder politisch noch militärisch fertig werden.

Unter dem Vorwande, auf Grund des Waffenstillstandsvertrages von 1949 über Palästina die in den israelisch-ägyptischen Krieg verwickelten Parteien trennen zu müssen, erklärten beide Westmächte (in der Presse spöttischerweise entente coloniale genannt) am 30. Oktober 1956, „daß sie Schlüsselstellungen in der Suez-Kanalzone militärisch besetzen würden, wenn die Kämpfe auf der Sinai-Halbinsel nicht innerhalb von 12 Stunden eingestellt würden". Natürlich lehnte Ägypten dieses Ultimatum ab, die arabischen Staaten Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und Libanon, deren Streitkräfte durch Verträge unter ägyptischen Oberbefehl gestellt worden waren, erklärten sich mit Ägypten solidarisch — und ließen es bei dieser theoretischen Parteinahme bewenden. Die USA gaben am 31. Oktober die ernste Erklärung ab, Amerika stehe jederzeit zu seiner Versicherung, daß es j e d e m Opfer einer Aggression im Nahen Osten Beistand leisten werde. Im übrigen versuchte Washington, über die Vereinten Nationen seine Befriedungspolitik durchzusetzen. Dort, im Sicherheitsrat und in der — auf englische Veranlassung hin wegen der Ungarn-Frage einberufenen — Vollversammlung, kam es zu einer deutlichen politischen Zusammenarbeit USA/UdSSR im Sinne der Eisenhower-Bulganinschen Entspannungspolitik, wobei der amerikanische UN-Vertreter die Sowjets wissen ließ, daß man in Washington die Selbständigkeitsbestrebungen der Satelliten wie Polen und Ungarn zwar

begrüße, aber militärisch nicht gegen die Sowjetunion ausnutzen werde. Demgegenüber lehnten die USA Bulganins Vorschlag auf ein gemeinsames militärisches Vorgehen im Nahen Osten ab, weil sie die Organisationen des Nordatlantikpakts nicht aufgeben wollten, auf die hin die gesamte amerikanische Wehrpolitik ausgerichtet ist. Am 2. November forderte die UNO-Vollversammlung England, Frankreich und Israel auf, unverzüglich die Kampfhandlungen gegen Ägypten einzustellen, und ersuchte alle Mitgliedstaaten, jede Verbringung von Kriegsmaterial in das Kampfgebiet zu unterlassen.

Obgleich Eisenhower in einem zweistündigen Telefongespräch mit Eden England eindringlich auf die Gefahren des gewaltsamen Vorgehens hingewiesen hatte, obschon die Stimmung in Großbritannien eindeutig gegen den Krieg war und obwohl das Commonwealth durch ihn auseinanderzufallen drohte, ließ Eden den Krieg in Ägypten am 31. Oktober 1956 mit der Bombardierung ägyptischer Städte und Dörfer beginnen.

Das britisch-französische Oberkommando unter dem englischen General Sir Charles Keightley und unter Mitwirkung des französischen Vizeadmirals Barjot hatte seinen Sitz auf Zypern, wo auch — schon seit Monaten — die Bereitstellung der beiderseitigen Invasionsstreitkräfte begonnen und inzwischen ihren Abschluß gefunden hatte, während eine zweite Welle auf Malta sammelte. Zunächst war man sich im Oberkommando über die Durchführung der Invasion nicht einig, wie das ja bei Koalitionskriegen öfters der Fall ist. Während Barjot von vornherein einen massierten Einsatz aller Waffen (Heer, Luftwaffe und Marine) wünschte, entschloß sich der aus Montgomerys Schule hervorgegange, im afrikanischen Wüstenkrieg erfahrene und mit Ägyptens Land und Leuten durch eine lange Besatzungszeit vertraute Keightley, anfänglich nur die Luftwaffe einzusetzen, der dann — nach erfolgter Schwächung des feindlichen Widerstands — die anderen Waffen folgen sollten.

Durch diese, für einen großen Krieg sicherlich notwendige, für die primitivere Art dieses Interventionskrieges aber überflüssige Kriegführung verloren die Interventionsmächte kostbare Zeit. Verschwendung aber von Zeit ist das einzige im Kriege, was niemals wieder gutgemacht werden kann!

Ägypten nutzte diese Zeitvergeudung, um seine eigene Kriegführung den gegebenen besonderen Verhältnissen anzupassen. Hatte man auch in den Formen des klassischen Krieges begonnen, so erkannte man doch schnell, daß für den Krieg in Fronten und mit großen, zentral geführten Verbänden weder die obere ägyptische Führung noch der Ausbildungsstand der Truppen ausreichten. Daher verlegte sich Ägyptens Oberbefehlshaber, General Abdel Hakim Amir, auf den Partisanenkrieg, in dem weniger der geschulte Offizier als vielmehr der geschickte politische Agitator seinen Platz fand und der dem Charakter des Arabers und dem Stand seiner Fanatisierung besser entsprach.

Die Luftkriegführung gegen Ägypten kosteten das Land hohe Blutopfer, erhebliche Verluste an Flugzeugen und schwere Schäden in den Städten, besonders in Kairo und Port Said. Einen nur noch geringen militärischen Erfolg hatten die nachfolgenden Operationen der britisch-französischen Landstreitkräfte. Nach der Durchführung der Luftlande-Unternehmen gegen Port Said gelang es nur noch, bis etwa 35 km südlich davon am Kanal vorzustoßen, in die Gegend von El Kantara. Und da man den Ägyptern Zeit gelassen hatte, brachten sie noch rechtzeitig Artillerie und schwere Waffen nördlich Ismailia in Stellung, so daß diese Stadt den französischen Interventionstruppen schwere Verluste auferlegte und dennoch nie ganz in ihre Hand kam.

Am 6. November 1956 mußten England und Frankreich ihre Kampfhandlungen einstellen, Israel und Ägypten taten dasselbe. Gegenwärtig rückt in das bisherige Kampfgebiet die internationale UN-Polizeitruppe ein, während die westlichen Invasionsverbände, „um das Gesicht zu wahren" (besonders das der britischen „Kanalrebellen" ultrakonservativer Einstellung, die für die Fortführung des Krieges eintraten), nur sehr zögernd mit dem Abtransport begannen.

Die von dem bisherigen Führer der Waffenstillstandskommission für Palästina, dem kanadischen Generalmajor Burns, befehligte Polizeitruppe der Vereinten Nationen besteht aus indischen, kolumbianischen, dänischen, schwedischen, norwegischen und jugoslawischen Kontingenten, vielfach nur jeweils in Kompaniestärke. Sie wurde mit amerikanischen Maschinen zuerst in den Versammlungsraum nahe Neapel geflogen und von dort — z. T. mit schweizerischen und italienischen Flugzeugen — in ihren ägyptischen Einsatzraum. Nach Absprache Hammarskjölds mit Nasser sollen sie bis zum völligen Abzug der englisch-französischen Interventionstruppen am Suezkanal verbleiben und dann an die

Waffenstillstandslinie rings um Israel verlegt werden. Erst nach dem Abzug der westlichen Verbände wird mit der systematischen Räumung des Kanals von Schiffswracks und anderen Hindernissen unter UNO-Oberleitung begonnen werden können. Bei den Kämpfen und durch ägyptische Versenkungen von z. T. mit Zement gefüllten Wasserfahrzeugen ist der Suez-Kanal so nachhaltig blockiert worden, daß seine Wiederinbetriebnahme noch viele Monate auf sich warten lassen dürfte.

Dritter Weltkrieg?

Wodurch wurde nun die Intervention der Engländer und der Franzosen nach kaum einer Woche Dauer gestoppt? Durch eine massive Drohung des Kreml! Am Abend des 5. November richtete Bulganin einen Brief an die Ministerpräsidenten der drei Angreiferstaaten, worin er ein bewaffnetes Eingreifen der Sowjetunion gegen die Intervention androhte und sehr deutlich die makabre Gefahr eines dritten Weltkrieges unter Einsatz von Raketen, Atom- und Wasserstoffbomben z. B. gegen die Insel England an die Wand malte. Damit erreichte er die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen in Ägypten. Zugleich aber bemächtigte sich nun der Welt eine gefährliche Kriegsangst, welche die durch die Suez-Krise entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie Frachtraummangel und Gefährdung der Ölversorgung aus Nah- und Mittelost vermehrte und zu Hortungskäufen und Verknappungserscheinungen führte. Dazu kamen die Teilmobilisierung amerikanischer See- und Luftstreitkräfte — darunter das über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügende Strategische Bomberkommando —, kamen weiter gleichartig zu deutende Maßnahmen der Sowjetunion mit Truppenbewegungen und -verstärkungen in Polen, Rumänien und Bulgarien als eine Art vorbereitenden Aufmarschs zu einem europäischen Kriege.

Trotzdem glauben wir nicht an einen dritten Weltkrieg in diesem Augenblick, sondern sehen die militärischen Vorbereitungen beider Weltmächte als ein im Zuge der Eisenhower-Bulganinschen Entspannungspolitik angewandtes Mittel zur Abschreckung an.

Jedenfalls haben die für die militärische Intervention in Ägypten verantwortlichen Politiker Englands und Frankreichs nichts von ihren Absichten verwirklichen und keines ihrer Ziele erreichen können. Weder wurde der Suez-Kanal internationalisiert noch die freie Schiffahrt gesichert, vielmehr ist diese internationale Wasserstraße auf lange Zeit gesperrt. Weder die palästinensische noch die nahöstliche Krise wurden gelöst, sondern höchstwahrscheinlich verschärft. Die Zerfallserscheinungen im britischen Commonwealth und im französischen Kolonialreich haben sich vermehrt und beschleunigt. Europas Versorgungswirtschaft ist ernstlich gefährdet, die britische Wirtschaft noch mehr von den USA abhängig gemacht worden. Nassers Ansehen und Einfluß haben sich nicht gemindert, sondern eindeutig gestärkt, und man hat ihn bei der Notwendigkeit einer militärischen Konsolidierung Ägyptens den Sowjets geradezu in die Arme getrieben.

Die Welt aber stand am Abgrund eines dritten Weltkrieges.

(Abgeschlossen am 30. November 1956)

Wirtschaft

Europas Energie-Engpaß

Jeder Pädagoge wird bestätigen, daß ein gutes naturwissenschaftliches Experiment, eine gelungene Vorführung geeigneter Schaustücke oder eine sinnvoll vorbereitete Besichtigung um ein Vielfaches besser wirken als nur theoretische Vorträge. Jeder Politiker weiß, wie schwer es ist, gewisse grundlegende Vorstellungen seinem Zuhörer und möglichen Wähler zu vermitteln. Jeder Wirtschaftler aber kann ihm heute, wenn es ihm um die Erhärtung der Einsicht geht; daß alles politische oder wirtschaftliche Geschehen in irgendeinem Lande der Erde alle Völker mehr oder weniger angeht, ein überaus beweiskräftiges Exempel aus der praktischen Politik unserer Tage anbieten: den Suez-Kanal.

Für vorerst noch nicht absehbare Zeit ist er unbenutzbar. Und die Folgen für uns alle?

Wir können uns bei den Herren Eden und Mollet dafür bedanken, daß ihr mit Tel-Aviv sorgfältig abgesprochenes Manöver auch uns schwerste ökonomische Einbußen beschert. 11,3 % der westdeutschen Exporte im Wert von 2,9 Milliarden DM

gingen 1955 durch den Suez-Kanal, darunter praktisch alle Ausfuhren nach den Entwicklungsländern Iran, Pakistan, Indien und Indonesien, nach Ostafrika und Australien. Bei den Einfuhren waren es sogar 12,5 % oder 3 Milliarden DM. Das alles soll nun um das Kap der Guten Hoffnung gehen und bedeutet, daß eine Fahrt zum Persischen Golf um volle 5000 Seemeilen weiter geworden ist. Es bedeutet weiter, daß ein durchschnittlicher Frachter auf dieser längeren Route für Hin- und Rückfahrt volle vier Wochen mehr unterwegs ist, was man pauschal mit täglich zwischen 10 000 und 15 000 DM Mehrkosten zu veranschlagen hat. Es heißt außerdem, steigende Frachtraten in Kauf nehmen, lange Wartezeiten in den paar südafrikanischen Häfen einkalkulieren und die Rentabilität aller Verträge mit unseren Partnern in jenen Ländern prüfen, und es zwingt nicht zuletzt, angesichts der Frachtraumverknappung, zu umfangreichen Neuinvestierungen im Schiffbau.

Dabei sind wir noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Nach den wiederholten Versicherungen etwa des Bundeswirtschaftsministers müssen wir zwar Verknappungen bei Heizöl und Dieselkraftstoff sowie höhere Benzinpreise hinnehmen, brauchen aber keineswegs zu befürchten, daß uns so bald das Benzin ausgeht. Unsere Nachbarländer sind da schon weit übler dran und haben teilweise sehr drastische Rationierungsmaßnahmen eingeführt, was etwa die Wiederwahlchancen für Sir Anthony Eden und für Guy Mollet durch die Stimmen der Autofahrer nicht gerade wesentlich steigern dürfte. Aber die volkswirtlichen Schädigungen für die westeuropäische Wirtschaft sind schon jetzt vielfach so groß, daß die von John Foster Dulles in Paris wiederholten Zusicherungen vermehrter Öllieferungen aus den USA mancher Skepsis begegnen: sie kosten wertvolle (und knappe!) Dollars und reichen einwandfrei nicht hin, um das noch ständig und sehr rasch wachsende Öldefizit auszugleichen.

Denn von den 14 666 Schiffen, die 1955 den Suez-Kanal passierten, waren 7878 Tanker, von den 107 Mill. Tonnen Waren entfielen fast 69 Mill. Tonnen oder beinahe zwei Drittel auf Erdöl aus Kuweit, Saudi-Arabien, Iran und dem Irak. Und wir sollten nicht übersehen, daß beinahe alle Pipelines zwischen Mittel- bzw. Nahost und dem Mittelmeer infolge Sprengung durch arabische Nationalisten gleichfalls kein Öl mehr liefern. Ein voller Ausgleich dieser Ausfälle durch Lieferungen aus Nordamerika und Mexiko, dem karibischen Raum und Venezuela ist allein schon von der Tonnageseite her unmöglich.

Damit ist Europas Energieversorgung zur Debatte gestellt worden. Sie zeigt einen bedrohlichen und in naher Zukunft lebensgefährlichen Engpaß.

Wir beschränken uns hier, aus räumlichen Gründen, auf die Beispiele Großbritannien und Westdeutschland, zumal sie sozusagen klassische Kohlenproduktionsländer sind und zugleich die neuesten Entwicklungslinien am deutlichsten aufzeigen. In Umrechnung auf Steinkohle-Einheiten benötigte England 1954 rd. 254 Mill. t Kohle zur Deckung seines Energiebedarfs und erzeugte davon 214 Mill. t Steinkohle, mußte also 40 Mill. t Erdöl einführen. Für das Jahr 1980, so haben britische Wirtschaftler errechnet, wird man 400 Mill. t brauchen, die heimische Kohlenförderung jedoch nur auf höchstens 235 Mill. t steigern können. Das Defizit von 165 Mill. t hofft man mit 90 Mill. t Öl decken zu können sowie mit 70 Mill. t aus Atomenergie. Angesichts dieser — für den Kohlefehlbedarf sehr vorsichtigen, für die Ölimporte und die Atomkraft sehr zuversichtlichen — Schätzungen wird uns ein Doppeltes verständlich: einmal die große Erbitterung der englischen Bevölkerung, als die Blockierung des Suez-Kanals zu drastischen Einschränkungen in der Treibstoffversorgung zwang, und zum anderen der behördlicherseits gestützte Optimismus, der die Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken betrifft.

Mitte Oktober hat Königin Elisabeth das Atomkraftwerk Calder Hall in Betrieb gesetzt. Es versorgt in Nordengland die Stadt Whitehaven und ihre Umgebung mit Strom, der in das normale Netz geleitet wird, und soll das erste seiner Art auf der Erde sein. Zwei Atommeiler in Calder Hall speisen 4 Hochdruckturbinen mit Dampf, und aus den Turbinen geht der Strom ins Versorgungsnetz. Nach diesem Vorbild erstehen gegenwärtig zwei andere Werke, bis 1965 sollen insgesamt zwölf Atomkraftwerke produzieren und Kohle sparen. Hierfür investiert die englische Wirtschaft volle 1,2 Milliarden Pfund, sie erhofft aus den 12 Atomkraftwerken eine regelmäßige Energielieferung von 2 Mill. kW und damit eine Einsparung von 5—6 Mill. t Kohle.

Und wie sieht es auf diesem Sektor in der Bundesrepublik aus?

Wir haben 1955 einen auf Steinkohle-Einheiten berechneten Energieverbrauch von

über 125 Mill. t gehabt, wenn man den Eigenbedarf der Herstellerbetriebe dazu zählt, sogar von 188 Mill. t. Davon mußten 4 Mill. t durch Steinkohleneinfuhren aus den USA gedeckt werden. Nun hat sich unser Verbrauch seit 1950 aber um volle 40 % erhöht, und bei realistischer Berücksichtigung aller Faktoren erwartet man für die nächsten 10 Jahre ein nochmaliges Anwachsen des westdeutschen Energiebedarfs um 25 % auf 240—245 Mill. t StkE (Steinkohle-Einheiten). Von diesem Bedarf des Jahres 1965 werden allerhöchstens 200 Mill. t aus Eigenproduktion stammen können, für die restlichen 45 Mill. t oder 18 % des künftigen Gesamtverbrauchs sind wir auf Zufuhren angewiesen. Das ist mehr als das Zehnfache unseres vorjährigen Defizits!

Das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn rechnet, daß die Dinge nicht ganz so trübe laufen werden. Binnen zehn Jahren erwartet der Minister eine Steigerung der Steinkohleförderung von 130 auf 150 Mill. t, der Braunkohleproduktion sogar von 89 auf 121 Mill. t, an Erdöl sollen 5,5 statt jetzt 2,8 Mill. t gewonnen werden, an Erdgas volle 800 Mill. cbm anstelle der etwa 150 Mill. von heute, und unter Einkalkulierung einer stark gesteigerten Stromgewinnung aus Wasserkraft soll anno 1965 das Energiedefizit n u r noch 11 Mill. t StkE betragen. Uns scheint, als ob diese optimistische Rechnung verschiedene Löcher habe. So sei im Ölbereich angemerkt, daß die Forcierung der heimischen Gewinnung nur bei starker Verteuerung möglich ist, weil Erdöl um so kostspieliger wird, je tiefer die aufzuschließenden Felder liegen — und relativ hochliegende Ölfelder gibt es hierzulande nicht mehr zu erschließen. Ferner will Bonn zwar die Rohöleinfuhren von jetzt bis 1965 um über 300 % (von 7,6 auf 24,5 Mill. t) erhöhen, aber es berücksichtigt dabei die Situation und die Preise aus der Zeit vor dem Ausbruch der Suezkrise, es berechnet ferner zumindest nicht genügend die erforderliche Verdreifachung unserer Raffineriekapazität mit einem Kostenaufwand von reichlichen 4 Milliarden DM und ähnliches mehr, wie den Mehrbedarf an Tankertonnage in einer Größenordnung von 2—2,5 Mill. BRT, an Elektrizitätswerken und Pipelines von der Art der zwischen Wilhelmshaven und dem Ruhrgebiet projektierten. Das Erhardsche Kohlenprogramm läßt an wichtigen Momenten außer Ansatz die Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf das Förderergebnis, den Mangel an Untertagearbeitern und die kostspieligen Investierungen für neue Zechen, die frühestens in 15 Jahren die Förderung aufnehmen können, und auch bei der westdeutschen Kohle muß man ständig weiter in die Tiefe gehen, was die produzierte Kohle zusätzlich verteuert.

Schon jetzt aber ist unser Zuschußbedarf an Steinkohle — noch — mehr ein Preis- und Transport- als ein Mengenproblem. Die Importkohle aus den USA ist sehr teuer. Frei Zeche stellt sie sich auf etwa 7 Dollar je Tonne. Aber schon die Beförderung zum Hafen kostet nochmals 4 Dollar und der Seetransport zum deutschen Hafen weitere 10—11 Dollar je Tonne, und besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß die solcherart stark frachtenbelastete Amerikakohle hauptsächlich von einigen westdeutschen Industriegruppen aufgenommen wird, voran durch die Eisen- und Stahlproduktion. Das bewirkt — schon jetzt — eine Verteuerung ihrer Erzeugung um DM 4,10 je Tonne im Durchschnitt.

Auch ohne sonderliche prophetische Gaben ist daher wenigstens die eine Vorhersage erlaubt, daß der Preis für die künftig benötigte Energie erheblich über den gegenwärtigen Sätzen liegen wird.

Wenn also heute in der Bundesrepublik die Ölheizungen etwas gedrosselt werden und die Eigentümer der schweren Dieselaster einige Treibstoffsorgen haben, so sind das nur erste Symptome für eine Versorgungskrise, die in den nächsten Jahren härter und schärfer werden wird. Um sie unter Kontrolle zu bekommen und die Passivität unserer Energiebilanz in Grenzen zu halten, erscheint es als unabweisbare Pflicht der beteiligten Regierungen, sehr sorgfältig berechnete Energiewirtschaftspläne aufzustellen und mit den Volkswirtschaften zunächst der Nachbarländer weitestgehend abzustimmen. Bonn wird sich dabei keineswegs auf den Bereich der Montanunion und nicht einmal auf den der OEEC beschränken dürfen. Denn schon unsere wenigen, hier angeführten Fakten und Zahlen beweisen, wie eng die wirtschaftliche Verflechtung und Abhängigkeit voneinander im Weltmaßstabe geworden ist. Zugleich aber zeigen sie auch, daß p o l i t i s c h e Eskapaden einzelner Staaten letztlich von allen anderen auf w i r t s c h a f t l i c h e m Gebiet mehr oder weniger stark mitempfunden werden. So zahlt jeder von uns täglich und stündlich mit an der Zeche, die nicht wir gemacht haben — es wäre besser, solche Extravaganzen von Einzelgängern gleich von vornherein unmöglich zu machen!

B. G.

Vom Maghreb und von den algerischen Freiheitskämpfern

Wer in der Kairoer Straße Sarwat Pascha Nr. 32 bis ins dritte Stockwerk steigt und das armselige, beinahe leere Bürozimmer betritt, wird vom Äußeren her nicht erraten können, daß von hier aus feste und oftmals entscheidende Fäden gesponnen wurden, Fäden bis an die marokkanische Atlantikküste und bis hinunter zur Region des Tschadsees. Hier wirkte bis zu seiner Entführung Mohammed Khider als politischer Führer des Maghreb in Ägypten und als Chef der nordafrikanischen Delegation im Maghreb-Komitee. Diese Fäden hat jetzt der algerische Ulema (Gelehrter, Koranlehrer) Tewfik el Madani aufgenommen, und er verspricht, sie noch straffer zu führen als sein Vorgänger — er ist zugleich der Beauftragte der Nationalen Befreiungsfront (FLN) Algeriens.

Während ich auf el Madani warte — er spricht in der großen islamischen Universität von Al Azhar — und mich freue, den still und freundlich wirkenden, aber ungeheuer zähen und energischen Mann nach längerer Pause wiedersehen zu können, fällt mir auf, wie sehr sich die Atmosphäre unter den Wartenden von der auf Kairos Straßen unterscheidet. In den Ägypten betreffenden Angelegenheiten herrscht unter der Bevölkerung eine erstaunliche nationale Disziplin und Zurückhaltung. Hier aber treffen sich arabische Revolutionäre aus verschiedenen Ländern, hier spricht das ganze orientalische Temperament nationaler Vorkämpfer und die Erfahrung einer Front, die keine scharfe Grenze zwischen dem militärischen Kampf und dem politischen Einsatz kennt. Hier geht es um Probleme revolutionärer Taktik und der Konspiration, und die Stellungnahme etwa gegenüber dem Sultan von Marokko oder dem tunesischen Regierungschef Habib Burghiba ist die von Aktivisten, nicht die von Diplomaten ...

El Madanis Ernennung zum politischen Beauftragten der algerischen FLN ist von den militärischen Führern der Freiheitskämpfer in Algerien vorgenommen worden, nicht durch ein politisches Gremium. Das ist bezeichnend dafür, daß der nicht nur mit Waffen gegen Frankreich geführte Kampf der Algerier praktisch alle Macht und Entscheidungsbefugnis in den Händen der an der Front stehenden Aufstandsführer vereinigt sieht. Sechs Zonen-Chefs irgendwo in den kabylischen Bergen bilden eine Art von Zentralkomitee, das sich nach Bedarf ergänzt und das sich voraussichtlich demnächst auch einen Generalstabschef kooptieren dürfte. Nur wer im Einverständnis mit diesen Männern handelt, gilt politisch wie militärisch als autorisiert. Sie sind wachsam, und mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen sie alle Versuche, daß hie oder da in der algerischen Volkserhebung lokale Ehrgeizlinge „Burghiba spielen" könnten, d. h. auf eigene Faust mit französischen Stellen irgendwelche Abmachungen treffen möchten. Dagegen wird mit aller Härte vorgegangen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß man diese Verräter an der Sache des Volkes ausnahmslos rasch beseitigt hat. Wo es sich aber nur um ein zeitweiliges Nachlassen des revolutionären Elans und der Ausdauer im unversöhnlichen Kampfe handelt, wie erst kürzlich bei einer Gruppe algerischer Intellektueller, gibt man den Reuigen bereitwillig Gelegenheit, sich erneut an der Front zu bewähren, nicht aber in irgendeiner politischen Führungsposition. Das haben die Franzosen zu ihrem Mißvergnügen in erbeuteter Korrespondenz nachlesen können, die auch Briefe zwischen Mahsas, einem der Zonenchefs, und Krim Belkacem enthielt, einem anderen regionalen Führer des Aufstands. Man hat französischerseits damit auch schwarz auf weiß bestätigt bekommen, daß in der Nationalen Befreiungsfront FLN so gut wie alle anderen Organisationen des Widerstands aufgegangen sind, das Comité Révolutionnaire pour l'Unité et l'Action (CRUA) nicht anders wie die Reste des MTLD (Mouvement pour le Triomphe des Libertés Démocratiques) und der PPA (Partei des algerischen Volkes). Diese Vereinigungen waren ursprünglich ohne Ausnahme erst politische Gruppierungen der Algerier, die aber bald auch zu unterirdischer Aktivität übergingen, bis das Schwergewicht eindeutig in der militärischen Untergrundarbeit lag und das Organisationstalent des im Herbst entführten Ben Bella einheitliche Verbände und zentrale Befehlsgewalten schuf. Das Vorbild dieser kämpferischen Persönlichkeit hat besonders die algerische

Jugend entflammt: der heute erst 38jährige Gefangene der Franzosen kämpfte als französischer Offizier u. a. mit Auszeichnung bei Cassino, nach dem Kriege amtierte er als Bürgermeister seines Heimatortes Marma bei Oran und war schon 1947 Chef der PPA-Militär-Organisation. Zwei Jahre später überfiel er mit einigen Anhängern die Hauptpost von Oran und raubte 3,6 Mill. franz. Franken zur Auffüllung der leeren Parteikasse, um dann, gefaßt und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, 1952 aus dem Zuchthaus Bliddah zu entfliehen. Die Quittung der Franzosen für seine Führung der Volkserhebung war eine Verurteilung in contumaciam zum Tode ...

Besonderes politisches Interesse verdient, daß man von el Madani eine vermehrte Aktivität in der Maghreb-Bewegung zu erwarten hat. Maghreb ist das arabische Abendland in Nordwest- und Westafrika, das einstige Reich der westlichen Sultane und heute der Inbegriff für die Sehnsucht des Arabertums nach geistiger und politischer Einheit in Afrika. Mit der Rückgewährung der Selbständigkeit an Marokko und mit der wachsenden Verselbständigung Tunesiens hat das, was lange Zeit hindurch nur eine sehnsüchtige Hoffnung im westlichen Arabertum war, sehr reale Ansatzpunkte zur Verwirklichung alter nationaler Aspirationen erhalten. Ebenso wie die waffentragenden Freiheitskämpfer in Algerien sehen die arabischen Exilpolitiker in der ägyptischen Hauptstadt ihr Fernziel immer näherrücken, eine souveräne Föderation aus Marokko, Algerien und Tunesien, deren Anziehungskraft auch auf andere staatliche Gebilde wie Lybien usw. nicht unterschätzt werden dürfte. Denn schon heute gibt es zahlreiche Symptome für eine Solidarität des Arabertums, die bis tief in die anderen islamischen Staaten wie die Türkei und Pakistan hinein sichtbar ist, wenn man sich nur die Mühe macht, sie zu erkennen.

Fatma N., Kairo